



## Bayern gegen Staatsgerichtshof. Der Streit um die Biersteueranteile.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz wendet sich scharf gegen das Urteil des Staatsgerichtshofes, das das Gesetz vom 9. April 1927 über die Regelung der Biersteueranteile für rechtsungültig erklärt hat. Nach acht bayerisch-parlamentarischen Brauch wird die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes bestritten. Sodann geht es auf Preußen los — man ist fast versucht zu sagen: auf die Saupreußen:

„Die ganze Angelegenheit hat eine sehr ernste politische Seite. Der Sieg Preußens ist ein Affront gegen die süddeutschen Länder. Preußen setzt sich mit seinem Borgehen rücksichtslos über die finanziellen Lebensbedürfnisse der betroffenen Länder hinweg. Man kann es niemand übernehmen, wenn er der Meinung ist, daß es schließlich im Plane der preußischen Politik liegt, wenn die anderen Länder in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Dieser Verdacht ist um so mehr berechtigt, als an der Spitze der preußischen Regierung ein Ministerpräsident steht, der die Ausschüttungspolitik als die richtige Methode bezeichnet hat, um zum Einheitsstaat nach preußischer Art zu kommen.“

Der „Sieg Preußens“ ist eine Rechtsentscheidung des Staatsgerichtshofes. Also hätte der Staatsgerichtshof den süddeutschen Ländern einen „Affront“ zugefügt! Man achtet in gewissen bayerischen Kreisen das Reichsrecht eben nur, wenn man es braucht. Wenn das nicht der Fall ist, flüchtet man hinter die Bestreitung der Zuständigkeit und führt sich souverän — selbst über das Recht.

## Unternehmer liefern Freipapier.

Herr v. Liebert meldet sich wieder.

Wenn die Scharfmacher an der Ruhr losgehen, wittern all die Organisationsfähigen Morgenluft, die von Unternehmern gelebt werden. Die „bürgerliche Flugblattzentrale“ in München, geleitet von „Seiner Excellenz Herrn General der Infanterie O. v. Liebert, vormals Kaiserlicher Gouverneur von Ostpreußen und R. d. R.“ — man hat vergessen hinzuzufügen und ehemals Haupttätiger des jetzigen Reichstagenverbandes gegen die Sozialdemokratie — unternimmt einen föhnen Angriff gegen die Sozialdemokratie, will sagen auf die Taschen der Unternehmer. In einem Rundschreiben malt sie die politische Situation natürlich Rot in Rot:

„Die Wahlen liegen hinter uns — verloren — dem roten Preußen ist das rote Reich gefolgt — jetzt erst recht Kampf — gegen die drohende Lebermacht des jüdisch internationalen Marxismus aller Farben und Schattierungen, gegen die unerbittliche und völkerverräterische Sozialdemokratie und ihre traurigen Schützlinge und Helfershelfer“ — (worunter vermutlich Demokraten, Zentrum und Deutsche Volkspartei gemeint sind). — „So kann es nicht bleiben. — Auf den Tag!“ Unterzeichnet Liebert, gegeben zu München im zehnten Jahre der Schmach.“

Nach diesem schwungvollen Erguß kommt die Hauptsache: „Wir hoffen gern, daß uns insbesondere die meist interessierten Herren Arbeitgeber der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft, städtischer und privater Unternehmungen aller Art nicht im Stich lassen, sondern durch Zuweisung hinreichender Beiträge und eigener Werbung in nächstehenden Kreisen in den Stand setzen werden, unserer ersten Aufgabe voll und ganz gerecht werden zu können.“ Das Unternehmergeld ist die Hauptsache, damit sollen Flugblätter gedruckt werden, die durch die Unternehmer oder direkt durch die Post an Arbeiter und Angestellte verteilt werden sollen, wozu die Flugblattzentrale um Adressen nach den Lohnlisten bittet. Die äußere Aufmachung der Flugblätter soll „streng neutral“ sein und „ohne jeden Hektikonvermerk“, der Text, der feilschen Einstellung der Masse angepaßt — wie die Erzeugnisse a. D. sie sich vorstellen. An die Köpfe der Arbeiter wird der Herr v. Liebert mit seinen Hintermännern mit seinen Papieren sicher nicht heran kommen, er wird höchstens mit Unternehmergeld den Arbeitern Freipapier für besondere Zwecke ins Haus liefern.

## Nichts zu leben...

Der deutschnationale Abgeordnete sucht Stellung.

Arbeitslosigkeit — wer sie je durchmachte, weiß, was es mit dem Geruch von der „Hausheißpründe“ auf sich hat. Aber Herr Bord, Volksmajor a. D. und Landtagsmitglied, hält als entragter deutschnationaler Selbstverständlicher die Arbeitslosenunterstützung für den Ausfluß falscher sozialer Sentimentalität. Wozu dem Proleten, der ja natürlich immer Arbeit finden könnte, wenn er nur wollte, auch noch eine Rente geben, non der er sich herrliche Tage machen kann? Denn schließlich, die Ansprüche sind vorzuziehen, und nicht jeder braucht das zum Leben, worauf Herr Bord für seine Person natürlich Anspruch macht. Herr Bord ist Hausbesitzer; er hat keine Pension als ehemaliger Volksmajor und seine Diäten als Abgeordneter.

Inzödem veröffentlicht er im „Lokal-Anzeiger“ folgendes Chiffre-Inserat:

Hausbesitzer, höherer Beamter a. D., Mitglied des Landtags, sucht Hausverwaltungen zu übernehmen. Angebote an A. Z. 2959, Scherzhaus, Zimmerstr. 35/41.“

Nachdem sich durch Offerten, die auf das Inserat eingingen, die Person des Herrn Volksmajors a. D., R. d. R., aus der Arbeitslosigkeit ins Licht gerückt hat, wird er uns gewiß dankbar sein, wenn wir sein Stellungsangebot auch hier veröffentlichen. Denn das erpart ihm viel Schreiberei und Inserieren — man wird ihn ohne weiteres zu finden wissen, für den Fall, daß noch jemand auf sein Angebot zurückgreifen will!

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichstag eine Denkschrift über die Abfindung der Marzianer des Reiches vorgelegt. Mehrere Kapitel der umfangreichen Arbeit sind der Mitbeteiligung und der Schöpfung über den Umfang der Mitbeteiligung gewidmet.

Der Führer der Jungdemokraten Thüringens und Vorsitzende der Demokratischen Partei in Sonneberg, Chefredakteur Dr. Harald Federjen, ist aus der Demokratischen Partei ausgestiegen, weil er mit diesen anderen Demokraten den „Umfall seiner Partei in der Panzerkreuzerfrage“ nicht billigt. In seiner Begründung in der „Sonneberger Zeitung“ erklärt Federjen, daß man nach diesem neuen Umfall der Demokraten keine Wiederaufnahmemöglichkeit für die Demokratische Partei sehen könne.

Tische für Staatslose. Die Reichsregierung hat dem Völkerverwaltungsrat mitgeteilt, daß sie die Ausgabe von besonderen Personalausweisen für Staatslose und für Personen von zweifelhafter Staatsbürgerschaft vorbereitet.

# Solidarisch mit den Rechtsbrechern!

## Eine Erklärung des Gesamtverbands der Metallindustriellen.

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller erläßt eine lange Erklärung, in der er sich mit dem Streik der Werftarbeiter und der Aussperrung der nordwestlichen Eisenindustrie beschäftigt.

Ueber den Streik der Werftarbeiter jammert der Gesamtverband, daß niemand sich darüber entrüstet, wenn die Werftarbeiter nun schon seit acht Wochen streiken, während man den Ruhrindustriellen Vorwürfe wegen der Aussperrung mache. Der für den Gesamtverband allerdings nicht, aber für die Öffentlichkeit existierende Unterschied besteht eben darin, daß die Werftarbeiter von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen, während die Ruhrindustriellen einen Rechtsbruch begehen. Bezeichnend für den Geist im Gesamtverband ist es, daß er ausdrücklich erklärt, „mit voller Sympathie“ auf der Seite der Ruhrindustriellen zu stehen und diesen für den Rechtsbruch und die Lahmlegung des Wirtschaftslebens ausdrücklich noch dankt.

In der Erklärung der Metallindustriellen heißt es: „Die im Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller zusammengefaßten Unternehmungen haben vom Beginn des Kampfes ab mit voller Sympathie auf Seiten des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gestanden, denn sie sind sich der Opfer, die dieser Verband bei seinen Kämpfen auch für die Aufrechterhaltung der Lebensmöglichkeiten anderer großer Teile der deutschen Wirtschaft bringt, bewußt und wissen ihm dafür Dank.“

Mit allem Nachdruck legt der erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller Verwahrung dagegen ein, wie die vom Reichstag für die Fälle wirklicher Not beschlossenen Unterstützungsmaßnahmen im Aussperrungsgebiet durchgeführt werden sollen. Die Anerkennung der Bedürftigkeit bei allen Aussperrten, auch bei den Organisierten, bedeutet durch Entlastung der Gewerkschaftskassen auf Kosten der Allgemeinheit, also der Steuerzahler, eine ganz einseitige Parteinahme zugunsten der ausgesperrten Arbeiter gegen die Arbeitgeber, also eine Verlängerung des Arbeitskampfes auf unabsehbare Zeit, denn nach den Richtlinien für die Auszahlung der vom Reichstag beschlossenen Unterstützung erhält ein verheirateter organisierter Arbeiter mit zwei Haushaltsangehörigen einschließlich der Streikunterstützung 47 M. die Woche. Diese Summe sei nicht wesentlich, wenn noch mehr Haushaltsangehörige vorhanden sind.“

## Taschen zu!

Unterfischung bei der „Roten Hilfe“.

Die Hilfsorganisationen der Thälmann-Partei gehen mit dem Sammelheute herum, um die geleerten Taschen der SPD wieder aufzufüllen. Inzwischen lauten die gesammelten Gelder durch laufend Löcher wieder davon. Die „Rote Schöne“ meldete:

„Das Vorleitungsmitglied Bruno Bannert, Anklamer Str. 2, wurde von der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg am Donnerstag, dem 13. d. M., wegen Unterfischung ausgeschlossen.“

„Der Rote-Hilfe-Mitglied Bruno Bannert, Anklamer Str. 2, ist wegen Unterfischung aus der Roten Hilfe ausgeschlossen worden.“ Zentralvorstand.

Das „Rote-Hilfe-Mitglied“, wie Bannert so unscheinbar tituliert wird, war in Wirklichkeit zweiter Vorsitzender der Roten Hilfe, Berlin, angestellter Sekretär der W. Agitpropleiter von Groß-Berlin, 1. Vorsitzender der Roten Hilfe des ersten Berliner Bezirks, rechte Hand des Zentralvorstandes. Bannert fassierte u. a. die Rote-Hilfe-Beiträge der Belegschaft der Friedrichshagen-Druckerei (der Druckerei der „Roten Fahne“), führte jedoch nur den kleinsten Teil ab.

Als Agitpropleiter von Groß-Berlin hatte Bannert alle Sammlungen unter sich. Seine Unterfischungen betragen viele tausend Mark. Thälmann-Partei!

## Der SPD-Krach.

Disziplinierung und Ausschluß in Sachsen.

Leipzig, 22. November.

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ schreibt: „Die erweiterte Bezirksleitung der SPD im Bezirk Weitzschen nahm am Mittwoch, 21. November, nach einem ausführlichen Referat des Genossen Kemmels vom 12. der SPD Stellung zu den Beschlüssen des 4. Weltkongresses. In der Diskussion, an der sich zehn Genossen beteiligten, legte eine Gruppe unter Führung des Genossen Böttcher (Redaktion) eine Entschließung vor, in der diese einen offenen parteiinnerlichen Standpunkt vertrat und die Beschlüsse des 4. Weltkongresses ablehnte. Genosse Böttcher begründete seine Stellung zu dieser Entschließung mit nicht mehr mit dem Bolschewismus zu vereinbarnden Argumenten.“

Das Aufreihen des Genossen Böttcher veranlaßte die Bezirksleitung, die sofortige Abberufung des Genossen Böttcher aus der Redaktion der Sächsischen Arbeiterzeitung zu beschließen. Ein entsprechender Antrag wurde mit 19:7 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.“

Eine weitere Entschließung wendet sich ausdrücklich gegen das parteischädigende Verhalten des Redakteurs Püg. Dieser trete in Leipzig und in den Unterbezirken in Parteiverfammlungen als Redakteur auf und benutze diese Gelegenheit zu unbeweisbaren Angriffen auf die Partei. Mit 18:3 Stimmen bei drei Enthaltungen wird dem Redakteur Püg durch die erweiterte Bezirksleitung dieses Vorkommens unterlag und er auf die organisatorischen Konsequenzen aufmerksam gemacht, falls er nicht diesem Beschluß nachkommt.“

## Die Knechtung Deutsch-Südtirols.

Nicht einmal Religionsunterricht in der Muttersprache.

Wie die „Innsbrucker Nachrichten“ melden, erging nach der Weigerung der deutschen Seesfänger in Südtirol, den Religionsunterricht in den Schulen italienisch zu erteilen, an die Schulleitungen ein Erlaß, durch den die Klassenlehrer bevorzugt werden, ihre Schüler in der Religion mit dem vom Ministerium aufgestellten Programm zu unterrichten.

Der Beschluß des Reichstags für die Unterstützung der Aussperrten ist mit den Stimmen aller Parteien gegen die Stimmen von Kommunisten und Sozialdemokraten gefaßt worden, die Deutschnationalen haben sich der Stimme enthalten.

Diese Mehrheit zeigt, ein wie gewaltiger Teil des deutschen Volkes den Rechtsbruch der Scharfmacher an der Ruhr verurteilt. Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller legt also Wert darauf, öffentlich festzustellen, daß er sich von der gewaltigen Mehrheit des Volkes absondert.

Einseitige Parteinahme zugunsten der Aussperrten? Die Opfer der Scharfmacher sind auf die Straße geworfen worden, weil sie sich dem durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches geschaffenen Recht gebeugt haben, während die Scharfmacher dagegen revoltieren. Es wäre ein Akt der Untreue des Staates gegen jene gewesen, die sich dem Recht gefügt haben und nun deswegen Not leiden müssen, wenn er sie dem Hunger preisgegeben hätte, so wie es die Scharfmacher getan haben.

Wenn die Unternehmer nach Gerechtigkeit rufen, so können sie sie haben: wir schlagen vor, daß auch die Scharfmacher während der Dauer der Aussperrung Unterstützung erhalten, dieselbe Unterstützung wie die Aussperrten — allerdings mit der Verpflichtung, daß sie während dieser Dauer auf ihre in die Hunderttausende gehenden Gehälter verzichten, und wie die Aussperrten ausschließlich von dieser Unterstützung leben.

Wir nehmen an, daß eine solche Regelung außerordentlich zur Verkürzung der Aussperrungsdauer beitragen würde!

## Die katholische Kirche unterstützt die Aussperrten.

Der Bischof von Paderborn wendet sich in einem besonderen Hirtenbrief an seine Diözesen, in dem er auf die große, durch die Aussperrung hervorgerufene Notlage in weiten Teilen der Diözese hinweist. Er fordert die Gläubigen auf, an dem von der Kirche organisierten Liebeswerk durch Stiftung von Geldbeiträgen sich regen zu beteiligen. Am zweiten Adventsonntag soll in der ganzen Diözese eine Kollekte stattfinden, um die in Not geratenen Familien zu unterstützen. Ferner sollen in allen Pfarren des Aussperrungsgebietes durch die charitativen Korporationen Kinderbesuchungen schnellstens organisiert und durchgeführt werden.

## Preußens Finanzsorgen.

Defizit-Haushalt für 1929.

Der preußische Finanzminister hat jetzt den Haushaltsplan des preußischen Staates für das Rechnungsjahr 1929 dem Landtag vorgelegt. Die Gesamtsummen im sogenannten Bruttoetat haben sich bei Einnahmen und Ausgaben um je 64,5 auf 4172 Mill. M. erhöht. Nach Ausschneiden der durchlaufenden Posten gibt der Haushaltsplan einen Ueberschuß über die eigentlichen Staatseinnahmen und -ausgaben, den sogenannten bereinigten Bruttohaushalt. Dieser balanciert mit 2267,3 Millionen Mark, davon entfallen auf laufende Einnahmen 2209 und auf einmalige Einnahmen 58 Millionen, d. i. ein Mehr gegenüber dem Vorjahr von 30 bzw. 4 Millionen. Andererseits sind die dauernden Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 32 auf 2136 Mill. und die einmaligen Ausgaben um 2 auf 132 Mill. gestiegen. Der Hauptanteil für die Mehrausgaben entfällt auf die Posten „allgemeine Ausgaben und Ausgaben für Sachzwecke“, während der Posten für städtische Verwaltungsausgaben nur um 9 Mill. gewachsen ist. Bemerkenswert ist, daß die persönlichen Ausgaben sich sogar um 7,5 Mill. vermindert haben.

Der Nettohaushalt für 1929 weist einen Zuschuß der Hoheitsverwaltungen des Staates von 1616 gegen 1886 Mill. im Vorjahr auf, was etwa 20 Proz. von 1918 ausmacht. Für die Deckung dieses Zuschußbedarfs werden von den Betriebsüberschüssen 94,6 Mill., also rund 9 Mill. mehr als im Vorjahr aufgebracht. Steuern und Abgaben sind mit 1447,3 gegen 1437 Mill. im Vorjahr eingelegt, womit sie fast den dreieinhalbfachen Betrag der Vorkriegszeit erreicht haben.

Der preußische Finanzminister hat im Vorbericht zum Haushaltsplan eine Darstellung der gegenwärtigen finanzpolitischen Lage gegeben, die über die Schwere der Situation keinen Zweifel läßt.

Im Jahre 1928 wurde das Gleichgewicht nur dadurch gehalten, daß trotz Verweisung weiterer Ausgaben auf den Anleihehaushalt 40 Mill. aus dem Betriebsfonds der Generallandwirtschaft in den Haushalt eingestellt wurden. Auch der Haushalt 1929 ist, so führt der Finanzminister selbst aus, tatsächlich ein Defizithaushalt. Um das äußere Gleichgewicht für 1929 herzustellen, blieb nichts anderes übrig, als den Rest des Betriebsfonds von 18 Mill. und ferner Mittel, die ebenfalls an sich der Substanz zugehören, nämlich die für das Rechnungsjahr 1929 vom Reich beanspruchte weitere Entschädigung für abgetretenes Staatseigentum im Betrage von 25 Mill. als Einnahme in den Haushalt einzustellen.

## Gestillte Rache.

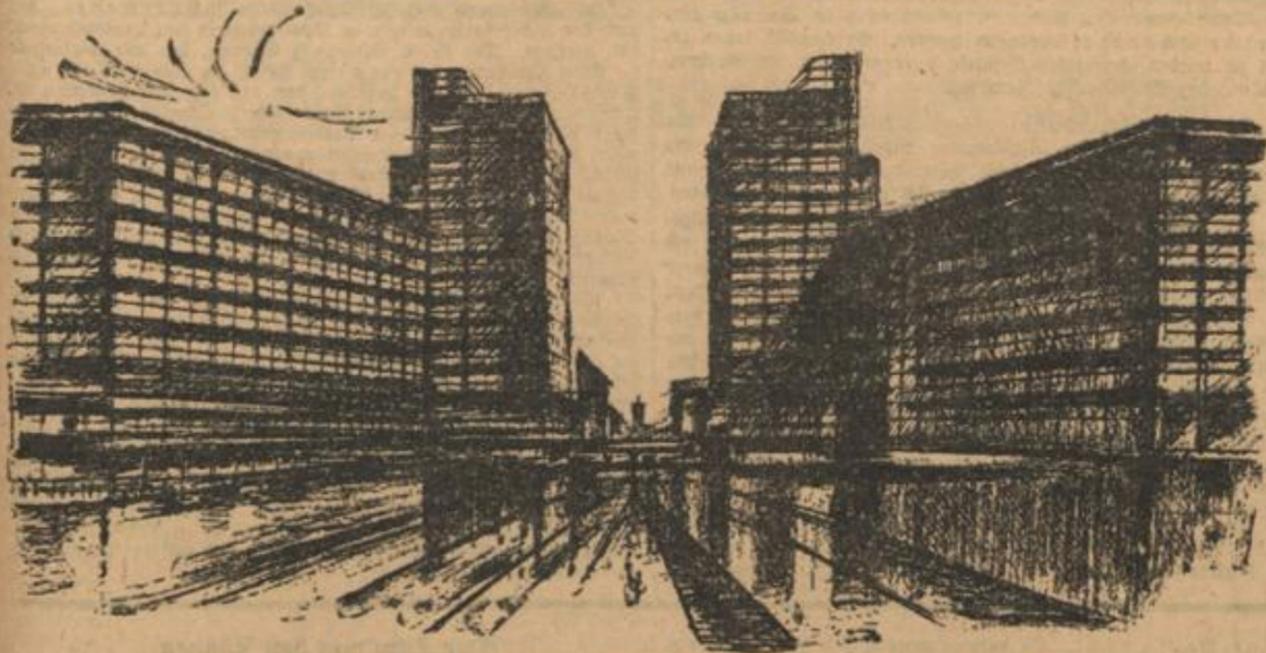
Hugenberg rächt sich am „Jungdeutschen“, der ihn seit Jahren bekämpft. Er hat durch den Hauptgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei folgenden Witz veröffentlichen lassen:

„Wie bei der Hauptgeschäftsstelle der Partei, so werden auch bei unseren Unterorganisationszeitungsarten, und zwar nach ihrer Einstellung geführt. Wir bitten, Ihre Partei zu überprüfen und festzustellen, unter welcher Rubrik die in Berlin erscheinende Tageszeitung der „Jungdeutsche“ erscheinende Seite der „Jungdeutsche“ noch unter der Rubrik der nationalen Zeitungen sich befinden, so bitten wir, die Parteikarte dort herauszunehmen und die zwischen „Berliner Tageblatt“ und „Vorwärts“ einzuschieben, wie wir das in der Karte der Hauptgeschäftsstelle schon seit fast zwei Jahren getan haben.“

Der „große Führer“ hat Rache in großem Stile genommen: die Parteikarte des „Jungdeutschen“ ist nach den „nationalen“ Gesetzen verbannt und zum Nachbar des „Vorwärts“ degradiert worden. In diesem Bewußtsein ist Hugenberg's Rache gestillt; sein Wille bezwegt Parteiführer — dazu ist er Führer der Deutschnationalen geworden.

# Kauf von Neu-Cladow beschlossen.

## Auch Umgestaltung des Alexanderplatzes genehmigt.



Alexanderplatz: Wie der Eingang zur Königstraße gedacht ist.

Die Stadt Berlin kauft also das Rittergut Neu-Cladow. Gestern hat die Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und auch der Demokraten nach dem Vorschlag des Ausschusses den Kauf beschlossen. Unter den Gegnern dieses für die städtebauliche Entwicklung Berlins sehr bedeutungsvollen Schrittes zeichnete sich die Wirtschaftspartei durch besondere Rückständigkeit aus. Wenn man ihrem Redner folgen wollte, hätte man in der städtischen Grundstückspolitik hauptsächlich an die Bedürfnisse der Gegenwart zu denken. Demgegenüber stellte unser Genosse Loewy die Forderung auf, daß gerade in der Grundstückspolitik in die Zukunft geschaut werden muß. Daß in früheren Jahrzehnten die städtischen Behörden das versäumt, hat in unserer Zeit die Stadt Berlin oft schwer büßen müssen. Auch bei dem von Stadtbaumeister Wagner vorgelegten Plan der Umgestaltung des Alexanderplatzes ist es in der Stadtverordnetenversammlung nicht an Rückständigen, die verhindern möchten, daß die Stadt hier ihren Grundbesitz mehrt. Die geplante Platanlage wird, wie unser Genosse Gutschmidt hervorhob, in Fachkreisen als eine sehr gute städtebauliche Lösung anerkannt, wie wir sie in Berlin seit langem nicht gehabt haben. Zunächst hätte die Stadtverordnetenversammlung nur die Landung des Fluchtlinienplans zu genehmigen. Das tat sie einstimmig.

Zunächst erhaltet Stadtverordneter Genosse Gutschmidt Bericht über die Ausschlußberatungen der Vorlage betreffend die

### Fluchtlinien am Alexanderplatz.

Der gesteigerte Verkehr ist längst nicht mehr auf dem Platz, wie er jetzt ist, zu bewältigen, deshalb soll er im Anschluß an die U-Bahnstrecke für einen modernen Rundverkehr umgestaltet werden. (Siehe „Abend“ vom 22. November.) Das vor-

liegende Projekt läßt gleichzeitig eine großzügige, städtebauliche Gestaltung zu. Der Ausschuß empfahl der Versammlung, das Projekt ebenfalls anzunehmen, was denn auch geschah. Darüber hinaus sprach die Versammlung den Wunsch nach einer Vorlage des Magistrats, in der Hochhäuser zugeordnet werden, die über die Norm hinausgehen. In der Debatte erklärte Stadtverordneter Meinen (Dem.) die Zustimmung seiner Freunde zu dem Projekt. Allerdings bemängelte der Redner, daß ausgerechnet am Alexanderplatz Hochhäuser errichtet werden sollen. Er gab zu bedenken, ob es für die Stadt finanziell tragbar sei, die Grundstücke am Alexanderplatz so lange zu behalten, bis sie Verwendung für Hochbauten finden könnten. Die Belastung sei sehr stark und es frage sich, ob später, wenn die Häuser vielleicht gebaut werden könnten, noch Interessenten vorhanden sind. Schließlich sind dann Hochhäuser, Bureaus, Geschäftsräume gerade in dieser Gegend nicht mehr so stark verlangt. Stadtverordneter Genosse Gutschmidt erklärte, daß bei der Beratung im Ausschuß gerade von rechtsgerichteter Seite der Wunsch ausgesprochen wurde, der Magistrat solle in die Grundstücke in seiner Hand behalten. In der Fachwelt ist die bauliche und wirtschaftliche Auswirkung des Projektes sehr gelobt worden, man hat allgemein von einem großzügigen und voranschauenden Plan gesprochen. — Dem

### Bauprogramm der Berliner Städtischen Wasserwerke

für 1928/29 wurde zugestimmt. Insgesamt sind für Neubauten aller Art, für Vernetzung und Erweiterung von Rohrleitungen und ähnliches 19 Millionen erforderlich, wovon 12 Millionen aus Anleihemitteln zu decken seien. In der Debatte machte die rechte Seite des Hauses Schwierigkeiten, da sie von der neuen Anleihe eine zu starke Minderung der Schulden Berlins befürchtete. Stadtverordneter Caspari (Dnat.) lehnte für seine Fraktion die Vorlage ab, der Magistrat solle sehen, wie er Schöneberg und Steglitz mit Wasser versorgt!

Eine von den Demokraten beantragte Überweisung an eine gemischte Deputation wurde abgelehnt, die Vorlage angenommen.

Ueber die Ausschlußberatungen wegen des Kaufes von Neu-Cladow berichtete Stadtb. Bänder. Der „Vorwärts“ hat bereits am Mittwoch früh berichtet, daß es gelang, den Kaufpreis von 2,75 M. auf 2,50 M. per Quadratmeter zu senken, so daß der Gesamtkaufpreis um 1 100 000 Mark sich verringert. Die Besitzerin verzichtet ferner auf die 250 000 Mark für die Richtbenutzung des Wohnhauses. Das Projekt kostet rund 11,5 Millionen. — Der Wirtschaftsparteier Pfahner wollte sich mit dem Kauf nur des Streifens zwischen Havel und Chaussee begnügen. Im übrigen sollte Berlin nicht fertiggesetzte Bodenwucherergeschäfte machen, sagte der Redner, und deshalb werde seine Fraktion den Kauf ablehnen. Stadtb. Bird (S.) meinte ebenfalls, der Streifen genüge, man solle unter Hinzunahme des Schlosses und des Hofgrundstückes einen relativ höheren Preis zahlen — er sprach von 5 Mark pro Quadratmeter. Stadtb.

Genosse Dr. Loewy

betonte, daß die Vorlage eine Bedeutung für die Grundstückspolitik der Stadt auf Generationen hinaus habe. Hätten die Vorgänger in der Stadterwaltung eine wirklich weitreichende Bodenpolitik getrieben, hätte man heute so umfangreiche Grundgeschäfte nicht nötig. (Sehr richtig! bei den Soz.) Im Falle des Kaufes Neu-Cladows sei durch vorläufige Pfandnotizen viel verborgen worden. Sehr wertvolle Stücke des Havelufers sind bereits für die Deffenlichkeit verloren gegangen. Unannehmlich besteht jetzt die Notwendigkeit des Bodenwerbes. Genosse Dr. Loewy verbreitete sich dann des näheren über die Vorlage und betonte, wie durch geschickte Verhandlungen der Gesamtkaufpreis um beinahe 1 1/2 Millionen gesenkt wurde. Der Antrag, nur den Streifen anzukaufen, sei sehr impavide, nur solle man doch nicht glauben, daß im Falle der Veräußerlichkeit dieses Streifens mit Schloß und Hofgrundstück die Stadt das Rennen vor den großen privaten Grundstücksmaklern machen würde. Die sind bestimmt bereit, „Bannpreise“ zu zahlen und da könne dann Berlin nicht mit. Dr. Loewy bat um Annahme der Vorlage, die Stadt hätte so die Gewähr, Gelände erworben zu haben, das als Freifläche, Dauer- und Bevölkerung zur Verfügung stünde. (Bravo bei den Soz.) Stadtb. Pfundner (Dnat.) lehnte die Vorlage ab. Offenbar wolle der Magistrat um Berlin einen zweiten und dritten Grüngürtel legen — einer sei schon geschlossen — und da mache seine Fraktion nicht mit. Die Deutschnationalen glauben damit der Bevölkerung einen Dienst erwiesen zu haben, sagte der Deutschnational! — Die Stadtb. Menz (Komm.) und Weber (Dem.) sagten die Zustimmung ihrer Parteifreunde zu. Weber kündigte eine Anfrage seiner Freunde an, in der Auskunft über den Grundeigentumsbesitz und seine Ausnutzung verlangt wird. Stadtb. Borch: Bei der Berechnung des Preises müsse man berücksichtigen, daß wertvolle Uferstreifen, die bedeutend höher als mit 2,50 Mark pro Quadratmeter zu bewerten sind und Gelände mit niedrigerem Wert vorhanden seien; der Gesamtkaufpreis sei also im Durchschnitt zu berechnen. Der Stadtrat hat um Genehmigung der Vorlage. — Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wurde dem Kauf mit großer Mehrheit zugestimmt. — Die Vorlage zur Errichtung einer „Jungen Opernbühne“ (Opernstudio) am städtischen Opernhaus ging an einen Ausschuß.

## Menschen in Feuersnot!

### Schwierige Löscharbeiten bei einem Wohnungsbrand.

Durch ein größeres Feuer wurde gestern nachmittag eine aus drei Zimmern bestehende Wohnung im Hause Eisenacher Straße 7, unweit der Hochstraße, fast völlig zerstört. Kurz nach 15 Uhr zerplatzte plötzlich im dritten Stockwerk des Vorderhauses laut Knallen die Scheiben und fielen auf die Straße. Gleich darauf schlugen aus den Fenstern meterhohe Flammengarben heraus. Die alarmierte Feuerwehr rüchete mit einem großen Aufgebot an. Nacheinander trafen sechs Löschzüge an der Brandstelle ein. Inzwischen war das Vorderhaus derartig verqualmt, daß ein Vorschlagriff über den Treppenaufgang zunächst unmöglich war. Es wurde auf der Straße eine weichenhafte Leiter hochgerichtet und über die Ausgänge des Hinterhauses nach oben vorgebracht. Starke Rauchmassen, waren auch in die über und unter dem Brandherd liegenden Wohnungen eingebracht. Dem Eingreifen der Feuerwehr gelang es, die verunglückten Mieter, denen der Rückzug über die Treppe abgeschnitten war, vor Unbilden zu bewahren. Das Feuer, das an den Möbeln reiche

## Soldat Suhren.

Roman von Georg von der Brinck.

Copyright 1927 by J. M. Spasch Verlag, Berlin.

Ist das Deutschland? — Ist das Frankreich? — Es ist Luxemburg, ein Bahnhofsdiener sagt es. Ich bin traurig, weil es den Namen Luxemburg führt, ein solcher Name ekelt mich an. Das kann niemand verstehen. Ich ärgere mich immer, wenn ich lustig sein sollte, immer kommt dies Versehen vor. Wenn ich Bahnhofsdiener befehlen dürfte, würde ich sie weiß lassen. Und wenn ich sie Länder mit neuen Namen versehen müßte, würde ich sie überhaupt nicht nennen. Ich will meinen Kindern dereinst keinen Namen geben, damit sie sich besser vertragen. Da ist zum Beispiel Pfeiffer. Er hat die Augen wieder geschlossen und träumt seinen Schulraum zu Ende. Sein Name ist so irreführend, wie nur einer. Musik erfreut zwar sein Herz, aber sein Singen verrät, daß er nie Flöte spielen lernen kann. Er ist kein Pfeiffer. Und hoch! im Schlaf stimmt er zu, denn er grunzt und schnurrt wie eine Teufelsgeige. Eine Stunde lang rollen wir durch eine hügelnde Landschaft. Die Kameraden erwachen und hören von mir, daß wir durch Deutschland fahren werden, sind aber keineswegs erstaunt darüber. Einige beginnen zu essen. Später wird das Abteil ausgefegt. Man sieht durchs Fenster den ewigen Dampf der Maschine über den Kornfeldern hindreiben und wechselt einen Gruß mit Bekannten, die sich aus den nächsten Abteilen lehnen. Alle haben gut geschlossen, die Stimmung ist vorzüglich. An den immer hübscher und sauberer werdenden Häusern und Gärten fühlt man die Nähe Deutschlands. Es ist der zweite Pfingsttag, auf die einsamen Feldwege trifft die Morgenröte. Bobbi erzählt: „Wenn es über Erfurt geht, werde ich nicht an unserem Hause vorbeikommen. Hoffentlich ist dann nicht Nacht.“ Alle denken still an das Haus des Bobbi. Wenn wir vorbeifahren, wird seine hübsche Schwester vielleicht mitten im Bohnenfeld stehen und winken. Zufällig aber blickt sie gerade einen Soldaten an, der die Mühe schief auf dem Kopfe hat, an ihren Bruder denkt sie im Augenblick nicht einmal. Dieser sieht ihr Kleid hinter Bäumen verschwinden, hinter seinen Apfelbäumen, die sich verkleinern und fort sind. Besser bei Nacht, Bobbi!

Jetzt stehen die Kameraden an den Fenstern, sie springen vor Freude und schreien hurra. „Frier, Porta nigra, Mosel,“ berichtet Meyer. Albering und ich, wir haben keinen Platz mehr an den Fenstern und sitzen uns still gegenüber. Mein Herz klopf erbärmlich, wir fahren durch mein Vaterland. „Die hohen Berge!“ schreit einer. „Der Fluß, sieh, der Fluß!“ ein anderer. „Boote sind da, sie wollen eine Pfingstfahrt machen!“ „Sie fahren zur Kirche.“ „Hört ihr die Glocken? Es läutet.“ „Still, hört doch!“ „Die kleinen Mädchen rennen zur Brücke, sie tragen Gesangbücher, es sind wohl zwanzig Stück.“ „Sie sind der Ronne fortgelaufen, auch sie macht Beine, die schwarze Kugel!“ „Da ist eine Burg!“ „O schön! Die mag alt sein.“ „Zum Teufel, das ist doch eine Ruine!“ „Burg oder Ruine, das ist einerlei.“ „Wie ein alter Bodenzahn schaut sie aus.“ „Ruh mal heiligemacht werden.“ „Jetzt kommt wieder ein Dorf. Achtung! wir wollen schreien.“ „Ho — —!“ Albering, der seine Fingernägel beschneidet, sagt: „Wären wir nun erst in Rußland. Man versteht sein eigenes Wort nicht mehr.“ Ich sage: „Alter Bese, freue dich, daß du einmal wieder durch deutsches Land fährst.“ „Unsinn,“ entgegnet er, „habe nichts davon. Daß sie nur schreien, werden schon genug davon kriegen. Ich sah da eben einen Kerl über die Straße gehen, der trug seinen Bauch so unverschämte vor sich her, als wäre das alles in Ordnung, daß wir hier im Dampfzug sitzen und um die Welt kuscheln. Pfui Teufel!“ „Aber der hat vielleicht seinen Sohn schon in Frankreich liegen.“ „So mag sein Bauch plagen, wenn der nicht von selber eingeht.“ „Vielleicht war sein Bauch früher doppelt so dick, und er hat aus Gram schon die Hälfte davon eingebüßt.“ Albering stellt sich den Herrn mit einem noch doppelt so großen Bauch vor und kneift die Augen über der spitzen Nase lustig zusammen. Dann sagt er heiter: „Aber die

Kirschbäume, das ist schon etwas anderes. Sahst du die Kirschbäume? Rein? Sieh sie dir an, ich rate dir gut.“ „Was ist denn an den Kirschbäumen?“ „Sieh nur hin, du wirst dich wundern.“ In diesem Augenblick wird ein Pfaff am Fenster frei, und ich zwänge meinen Kopf in die Lücke. Es ist ein unendlich frohliches Strubeln auf dem Spiegel der grünen Mosel. Und darüber am Abhang — Kirschen. Sie blühen — nein, sie sind rot, es sind rote Kirschen. Reif sind sie, Soldaten, die Kirschen im Moseltal sind reif! In Deutschland reifen die Kirschen, und wir wußten es nicht. Wir lagen auf Positionen und Raubarienberg, und unsere Schritte knirschten durch Straßensand! Wie aus rotem Glas gebrochen sehen die Kirschen aus. Es sind wohl tausend rote Obsterbäume, sie nehmen kein Ende. Ist es Deutschland, denn Nähe mich verwirrt? — Ist es mein Vaterland? — Sind es die Kirschen meines Vaterlandes? — Aber die Wasserleitung von Luxemburg? Aber der süße Duft des Tales von Chéret? Aber die Unkrautäcker von Montcornet, die sich im Wind bewegen, grün und feurig, von Weizen durchsprüht? Ach, wo ist mein Vaterland? — Wie kann ich es fassen? — Wir wollen uns die Hände geben und sagen: O du wundervolles Land Gottes, du Land ohne Namen, großes Land rund um unsere Wiege, in deinem reisenden Sommer liegend, von Sonne überschüttet, von Meer zu Meer, von Gebirge durchzogen und Weid! Spanien fällt mir ein, und als ich nach tagelanger Seefahrt mitten in einer Sommernacht bei niedertauchendem Schiffsanker den Duft der Pyrenäenberge roch. Da trat Gott durch meine Nase in mein Herz. (Ein ganz gewöhnlicher Heugewach — sagte der Kapitän.) Gott trat vom Gebirge und lagerte über dem Wasser. Wie groß ist meine Heimat, Gott, und wie herrlich, denn du erfüllst sie mit deiner Größe übermächtig, und nirgend ist Raum genug, dich zu fassen! — Die Kameraden am Fenster sind ruhiger geworden. Albering läßt plötzlich sein Taschmesser senkrecht in den Holzboden fallen, wo es zitternd stehen bleibt, und sagt düster, ohne den Blick zu erheben: „Es ist etwas am Werke, was wir nicht verstehen. Wie könnte es Gott anders zulassen, daß wir weniger sind als dies Messer, neunmal weniger — erschrickst du?“ „Sprich weiter.“ „Nur dies noch: Kommt jemand mir vors Gewehr — ich schlebe in die Beine.“

Nahrung fand, konnte erst nach einstündiger Tätigkeit niederkämpfen werden. Eine Zeitlang war die Situation äußerst bedrohlich, da ein Ueberfliegen der Flammen auf das vierte Stockwerk und den Dachstuhl befürchtet wurde. Die Fensterreuze und der Dachstuhl waren schon angebrannt, doch konnte diese Gefahr noch rechtzeitig beseitigt werden.

Der Schaden ist erheblich, die Entstehungsursache ist völlig ungeklärt. Das Feuer hatte in der verkehrreichen Gegend eine tiefe Resonanzwirkung zur Folge.

## Bußtagsschau der Heilsarmee.

Wißt du beten, geh' — nicht in dein Kämmerlein!

Die Heilsarmee hat in Berlin am Bußtag sich wieder mit den bei ihr an diesem Tage seit vielen Jahren üblichen Veranstaltungen vor einer breiteren Öffentlichkeit zur Schau gestellt. Sie hat im Zirkus Busch am Nachmittag und am Abend zwei Versammlungen gehabt, durch die sie unter der Bevölkerung werden wollte.

In beiden Versammlungen waren die durch Uniform gekennzeichneten Anhänger der Heilsarmee selber etwa ein Drittel der Besucher, und auch unter den Nichtuniformierten der anderen zwei Drittel bemerkte man sehr viele, die offensichtlich längst zur „Kundschafft“ der Heilsarmee gehörten. Die Nachmittagsversammlung ging ohne das übliche Aufspiel vorüber, das bei der Heilsarmee gewöhnlich der Höhepunkt ihrer Bußtagsschauspiele ist. Wer mit der Absicht, hier Unterhaltung zu suchen, gekommen war, erlebte eine gründliche (und verdiente) Enttäuschung, denn die Veranstaltung war nur langweilig. Dafür konnte ihn einigermaßen die Abendversammlung entschädigen, die all' das Getöse brachte, das die Heilsarmee bei ihren Andachtsübungen für nötig hält. Wer eine solche Veranstaltung mitanhört und mitanhört, dem muß das Bedauern einfallen: „Wenn du aber beten willst, so gehe in dein Kämmerlein“. Die Heilsarmee liebt mehr das öffentliche Vorhaben. Während die Ansprachen und Gebete, aufrege Trompetenschreie, einschmeichelnde Gesänge, erneute Ansprachen und Andachtensübungen, lebendiges Beten des Redners, immer wieder Gesänge und Trompetenschreie und jubelnde Hallelujahrufe hatten die bekannte suggestive Wirkung und brachten schließlich das Ergebnis, daß die gewöhnliche Zahl „reuer Sünder“ zur Bußtagsschau (Frauen und Mädchen waren es zumeist, neben ihnen auch Männer — und selbst Kinder im anscheinend kaum schulspflichtigen Alter fehlten nicht unter den „Bühnern“). Wie viele Reuegewonnene zu den Bußtagsschauspielen gehörten, kann nur der Eingeweihte wissen. Wir vermuten aber, daß sie sehr in der Minderzahl sein dürften neben den alten „Kunden“ der Heilsarmee, die diesmal dem Ansturm erliegen.

Gerichtsverstehe, die gegen Störer von Veranstaltungen der Heilsarmee erlangen sind, haben diese gerichtsrechtlichen Andachtsübungen den Gottesdiensten zugerechnet. Wir könnten es begreifen, wenn Würdenträger der Kirche von ihren Mitstreitern aus der Heilsarmee nicht sehr erbaud wären.

## Stationsangabe bei der U-Bahn?

Ein Berliner Mittagsblatt brachte die Nachricht von der Einführung des Radios in den Betrieb der Untergrundbahn. Wie wir hierzu erfahren, haben tatsächlich vor einiger Zeit Versuche stattgefunden, die aber noch keineswegs soweit gediehen sind, anzunehmen, daß diese Neuerung auch tatsächlich zur Einführung gelangt. Die ganze Angelegenheit ist über einen Besuch bisher noch nicht hinausgekommen. Geplant war folgendes: In den Führerhand eines jeden U-Bahn-Wagens sollte ein Mikrophon aufgehängt werden, das mit je zwei Lautsprechern, die im Innern der Wagen angebracht waren, in Verbindung stand. Jedesmal vor Ankunft auf einer Station sollte der Führer den Namen durchsagen. Von zuständiger Stelle werden gegen diese Neuerung, von der man noch nicht weiß, wie sie überhaupt im Publikum aufgeföhrt wird, Bedenken geäußert. Es fragt sich, ob es den Fahrgästen besonders angenehm ist, wenn auf jeder Station „Achtung, Achtung, es folgt Station X“ gerufen wird. Weiterhin glaubt man, daß die Bedeutung dieser Neuerung in gar keinem Verhältnis zu den wohl nicht unerheblichen Kosten steht. Schließlich dürften auch gegen die Ablenkung der Aufmerksamkeit des Führers durch diese neue Anordnungsmaßnahme ernste Bedenken bestehen.

## Haftentlassung Domelas.

Harry Domela wurde gestern auf telegraphische Weisung des Amtsgerichts Charlottenburg aus der Haft entlassen. Die formelle Aufhebung des Haftbefehls kann erst erfolgen, sobald die Akten, die nach dem Amtsgericht Obernajschel in der Rheinpfalz unterwegs sind, an die Staatsanwaltschaft III zurückgelangt sind. Gestern vormittag war der Verteidiger Domelas bei Staatsanwaltschaftsrat Ramkau vorstellig geworden und teilte mit, daß der angelegte Schaden bereits wieder gutgemacht sei. Die Geschädigten haben ausnahmslos erklärt, daß sie ihre Strafansprüche aus Verärgerung und Groll hätten und daß die Zurücknahme der Anzeigen lediglich aus Unkenntnis der Gesetze nicht erfolgt sei.

## Schubert-Abend am Friedrichshain.

Dem großen Tode zu Ehren und zum Gedenken seiner 50./181. weltlichen Schule veranstaltete der Bezirk Friedrichshain am Bußtag im Saalbau Friedrichshain einen Schubert-Abend. Mitwirkende waren der Männerchor „Friedrichshain“ (Mitglied des DWSB.), die „Reutlinger Musikvereinigung“ und die vereinigten Schulchöre der 50./181. weltlichen Schule. Der Abend war in der Hauptsache dem Gesang gewidmet, und eine hübsche ältere Schubert-Beilage erfreute die zahlreich erschienenen Zuhörer. Unter ihrem Chorleiter Karl Hartung sang der gutgeschulte Männerchor mit schönem Vortrag „Der Gondelfahrer“, „Die Nacht“, „Rachmüß“, und „Der Lindenbaum“. Dann mußten die kräftigen Männerstimmen den hellen, zarten Kinderstimmen Platz machen. Das wertvolle leichtfüßige auf's Podium, im hellen Festtagskleid, die Wangen glühend, die Augen glänzend und alles hing wie gebannt am Taktstock des Dirigenten. Zuerst die Mädchen. Sie sangen das „Heidenröslein“ und ein Sturm der Begeisterung durchzitterte das Haus. Dann erhielten sie Verstärkung: nun sangen Jungen und Mädchen vereint den „Frühlingsglaube“, und die schönen Schlußworte klanglos: „Es muß sich alles, alles wenden“ klangen wohl nie wahrer als aus dem Munde dieser hoffnungsvollen Jugend. Die Overtüre und die Chöre aus „Kojanmunde“ beschloßen den Abend, der in den Herzen aller richtige Festtagsstimmung schuf.

## „Reichendorf soll zuständig sein.“

Zu unseren Berichten über den Fall des 60jährigen, wegen Hausfriedensbruchs angeklagten halbbekindeten Gärtners erhalten wir eine längere Zuschrift des Bezirksamt Berlin-Reichendorf. Es wird ausgeführt, daß nach den Bestimmungen des Bezirksamt Reichendorf keine Schuld trüge, wenn dem Anspruchsberechtigten die Rente nicht ausgezahlt würde. Wir haben dem Bezirksamt Reichendorf niemals eine besondere Schuld unterstellt. Wir haben nur die Tatsache festgehalten: der alte Mann hat gesetzliche Ansprüche auf eine Rente, das Bezirksamt Mitte zahlt nicht, das Bezirksamt Reichendorf zahlt nicht, Reichendorf zahlt nicht, die Zentrale zahlt nicht! Uebergehm. seit Monaten erhält er

# Neues völkisches Verbrechen.

## Friedhofschändungen auch in Köpenick.

Die zügellose Hege der völkischen Rechtsradikalen hat in den letzten Monaten geradezu eine Serie von Schändungen jüdischer Friedhöfe und Grabstätten herbeigeführt. Im Rheinland, in Thüringen, in Bayern und in Ostdeutschland haben unermüdete Aufgewiegte und rohe Burschen sich an den Grimmerungsmalen der Toten vergriffen. Leider ist gestern auch in Berlin eine gleiche Schandtat begangen worden. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß jeder Gestiftete diese gemeinen Ausschreitungen auf das Allerhöchste verurteilt.

Der Schauplatz dieser neuen Ausschreitungen ist der jüdische Friedhof in der Nahlendorfer Straße in Köpenick. Als gestern der Friedhofsbewahrer einen Kontrollgang unternahm, mußte er an mehreren Grabstätten, vornehmlich aber an Kindergräbern, die schwersten Verwüstungen feststellen. Die Hügel waren aufgewühlt und der Gieß abgerissen. Vor vier Grabsteinen waren die Erinnerungstafeln abgerissen und völlig zertrümmert. Ein anderer Grabstein lag umgestürzt da; die Tafel war vernichtet worden; das Postament wies schwere Beschädigungen auf. Neben den verwüsteten Grabstätten lagen große Feldsteine umher, mit denen die Bandalen ihr schändliches Werk ausgeführt hatten. Die Tat muß in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch ausgeführt worden sein. Der Friedhof liegt etwas abseits und wird ringsherum von unbebautem Terrain begrenzt. So ist es auch erklärlich, daß die Uebeltäter ungehindert ihr verbrecherisches Vorhaben zur Ausführung bringen konnten.

Wie die Ermittlungen ergeben haben, sind am Dienstagabend in der Nähe des Friedhofes mehrere Burschen beobachtet worden, die längere Zeit dort herumstanden. Die Nachforschungen der

Kriminalpolizei sind im Gange, haben aber bisher zu keinem Ergebnis geführt.

## Die Beisehung des Ertrunkenen.

Am Sonnabend wird der Nationalsozialist Küttemeyer, der nach der Hitler-Verhaftung im Sportpalast in den Landwehrkanal fiel, beerdigt. Der kleine Bernward Göbbels, den wir wiederholt im Blatt erwähnt, hat aus diesem Anlaß ein Schreiben ans Polizeipräsidenten gerichtet, das voll von Unrichtigkeiten ist. „Unser von kommunistischen Rob niedergeschlagener und ermordeter Parteigenosse“, „Meine Parteigenossenschaft ist nicht mehr gewillt, sich selbst bei Trauerzügen provozieren und beschimpfen zu lassen“, „Ich mache Sie darauf aufmerksam und verlange, daß die Polizei... uns vor jeder Provokation schützt.“ „Ich wäre andernfalls weder in der Lage, noch gewillt, meine Parteigenossenschaft... abzuhalten, gegen den politischen Rob entsprechende Maßnahmen zu treffen. Sie wollen hieron Kenntnis nehmen.“

Sauherdenton ist Sauherdenton. Hierüber mit Göbbels zu sprechen, wäre müßig. Tatsache ist: Der Tote war in den Hitler-Veranstaltung, kniepte dann, bekam Streit und endete durch einen Unfall. Grund zur Entrüstung liegt also nicht vor. Was aber bedeutet der Satz: „Gegen den politischen Rob entsprechende Maßnahmen treffen“? Die Raubrolle des Göbbels wollen, wie wir es ja bei ihnen gewohnt sind, auch bei der Beerdigung ihre Rauferei. Denn zu entscheiden, wo Ablehnung aufhört und Provokation anfängt, ist natürlich dem Polizeibeamten vollkommen unmöglich. Die Berliner Polizei wird mit dem rüpelhaften Göbbels-Brief hoffentlich das einzig Richtige tun: ihn in den Papierkorb werfen. Am Sonnabend aber wird sie, wie sie es bisher getan hat, die Bevölkerung vor nationalsozialistischem und linksradikalem Rob zu schützen wissen.

## Der Film von den Zähnen.

Der Reichsoberverband deutscher Dentisten hat einen Aufklärungsfilm hergestellt, der für Arbeiterorganisationen, Krankenkassen und Schulen das nennenswerte Wissenswerte vom gesunden und kranken Zahn durch Bildvorstellung vermitteln will. Der Film, der gestern geladenen Gästen gezeigt wurde, ist ein Werk emsiger wissenschaftlicher Arbeit, auf das die Dentisten mit Recht stolz sein können. Er behandelt in seinem ersten Teil das Entstehen der Zähne, ihre verschiedene Lebensdauer (Milchzähne) u. a. Dann werden die krankhaften Zustände der Zähne gezeigt, die sich einstellen, wenn keine genügende Zahnpflege betrieben wird und wenn man verärrmt, die Zähne rechtzeitig behandeln zu lassen. Die gefährlichste Krankheit ist die Zahntaraxie oder Zahnfäule, die heimtückisch mit der Zerstörung des Zahnschmelzes beginnt und bald ein Loch in den gesunden Zahn frist. Zuletzt stellt sich dann die Notwendigkeit des „Kerens“ ein oder aus Grund einer Wurzelentzündung die Entfernung des kranken Zahnes. Würde man rechtzeitig zur Behandlung gegangen sein, so hätte sich der Zahn auch im vorgeschrittenen Krankheitsstadium retten lassen. — Der sehr instruktive Film müßte sich nur einige Textfärgungen gefallen lassen, die Vagen ermüden. Im letzten Teil wird gezeigt, wie die Ausbildung der Dentisten vor sich geht, eine Ausbildung, die an Gewissenhaftigkeit und Lehrlingsgang ganz bestimmt dem akademischen Studium der Zahnärzte nicht nachsteht. Es ist zu begrüßen, daß die Dentisten aus ihrer Kampfstellung heraus bei den Arbeiterorganisationen Hilfe und Verständnis suchen, hier ist auch ihr eigentliches Gebiet, wo sie im Interesse der Volksgesundheit aufklären wirken können. In diesem Sinne waren auch die Ansprachen gehalten, die Stadtrat Genosse Reimann als Sprecher der Krankenkassen und ein Schulmann für die Berliner Volksschulen hielt; sie begründeten es, daß durch den Dentistenfilm ein praktisches Werbemittel für die Zahnpflege geschaffen worden sei.

Professor Dr. Theodor Preuß, der 60 Jahre alte Leiter des Museums für Völkerkunde, wurde beim Ueberschreiten des Fahrdammes in der Potsdamer Straße von einer Kaudrosche angefahren und zu Boden geschleudert. Der Verunglückte erlitt Kopfverletzungen und wurde über die Rettungsstelle Eichhornstraße in das Elisabeth-Krankenhaus gebracht.

An die republikanischen Hausbesitzer des Ruhrbezirks läßt durch die „Allgemeine Hausbesitzerzeitung“, das Organ der auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Haus- und Grundbesitzer, Vermalter und Eigenheimbesitzer, die Geschäftsstelle Preußen der „Vereinigung der Freien Haus- und Grundbesitzer“, Berlin SW 68, die dringende Bitte ergehen, gegenüber Mietern, die aus Anlaß der Ausperrung mit Mietern in Mietrückstand gekommen sind, weisgehendes Entgegenkommen zu zeigen und jede irgendwie geartete Zwangsmahnahme gegen die ausgesperrte Mieterschaft zu unterlassen. Von den „nationalen“ Hausbesitzern werden die Ausgesperrten ein solches Entgegenkommen nicht erwarten dürfen.

Das Rose-Theater gibt jetzt die „Kollen“. Gerade hier, wo völkische Kunst zur Rasse spricht, wirkt die Tragik unerfüllten Weibens im Schrei nach dem Rinde noch echt und lebenswahr. Das abgemähte Aufstöhnen der zertretenen Kreatur, wenn das polnische Dienstmädchen, die Pauline Zippert, in Qual und Schande zu Tode geht, zwischen Staub und Theaterplunder armseeligste Mutterchaft feiert, das greift denen da unten im Zuschauerraum an Herz und Gesein. Und wenn die andere, die Kinderlose, das arme Menschenbündelchen gierig an sich reißt und kämpft und wühlt und stirbt, da rüttelt es aufwühlend an den Menschen. Die Darstellung war ausgezeichnet. Vor allem die Frau John der Aida Wahr war eine sehr gut abgerundete schauspielerische Leistung. Dann Traute Rose als Pauline Zippert, Billi Rose als der schüchternen Pastorensproßling Spitta. Sehr humorvoll und mit der nötigen großen Geste verkörperte Grim Wilde das verblödete Heldentum des ehemaligen Theaterdirektors Hoffentlicher. Auch die Vertreter kleiner und feinsten Rollen boten unter fauberster Regie gute Leistungen. Warum nach jedem Akt endlos lange ganz unmotiviert Zwischenaktmusik, darunter ein wuchtiges Schachschengewitter? Sie geröh bloß die Handlung und schuf unnötige Längen.

Scheidemann spricht beim Reichsbanner! Am Sonnabend, 24. November, veranstaltet der Eisenring Kreuzberg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold im Konzerthaus „Glor“, Bauerstraße, ein republikanisches Herbstfest. Die Festrede hat der Reichsbannerführer Genosse Philipp Scheidemann übernommen. Ein reichhaltiges und gut zusammengestelltes Programm ist vorgesehen. U. a. wird der Männerchor „Fichte-Georgia“ mit. Das Eisenringorchester steht unter Leitung des bekannten Kapellmeisters Will Ruhn. Beginn 8 Uhr. Karten 1 M. nur bei den Funktionären des Reichsbanners und im Gaudureau Seebahnstr. 37/38. Keine Abendkasse!

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgebung (Nachr. verb.). Stark wolkig, mildes Wetter mit Neigung zu einzelnen leichten Regenschauern. — Für Deutschland: Auch im Süden und Osten Mildebrung. Im ganzen Reiche Strömege.

keine Rente nicht. Ob verwaltungstechnisch das Bezirksamt Reinickendorf im Recht ist, fällt hier nicht ins Gewicht. Wir zweifeln gar nicht daran, wir greifen nicht ein einzelnes Amt an, sondern wir greifen eine Verwaltungstechnik an sich, die es möglich macht, daß ein Mensch, weil er seine monatlichen paar Mark Invalidenunterstützung nicht erhält, zu Verzweiflungstaten getrieben wird!

## Rathle gegen Steinkopf.

### Ein Vergleich.

Vor dem Amtsgericht Wedding standen einander gegenüber Steinkopf vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund als Angeklagter und Rathle vom Deutschen Beamtenbund als Kläger.

Rathle hatte nämlich in der „Deutschen Beamtenkorrespondenz“ behauptet, daß Steinkopf bei einer Besprechung im Hause des Mitglieds der Volkspartei Kremer, an der auch der damalige Reichsfinanzminister Köhler und der deutsche nationale Reichstagsabgeordnete Schmidt, Stettin, teilnahmen, dem Reichsfinanzminister in bezug auf die geplante Reichsbesoldungsreform gesagt haben soll: „Herr Minister, das wäre doch zu viel. Bei 20 Proj. Gehaltserhöhung nehmen sie uns den ganzen Wind aus den Segeln.“ Daraufhin hat Steinkopf in der „Allgemeinen Deutschen Beamtenzeitung“ Rathle einen Verleumder genannt. Er bestritt, eine derartige Äußerung überhaupt getan zu haben.

Der Reichsfinanzminister A. D. Köhler und der deutsche nationale Abgeordnete Schmidt waren als Zeugen erschienen. Zu ihrer Vernehmung kam es jedoch nicht. Beide Parteien erklärten sich zu einem Vergleich bereit, der nach kurzen Vergleichsverhandlungen, an denen als Vertreter Steinkopf und K. A. Dr. Kurt Rosenfeld teilnahmen, auch zustande kam. Steinkopf erklärte zu Protokoll, daß er eine Äußerung, wie sie ihm von Rathle in den Mund gelegt worden sei, nie gemacht habe und Rathle erklärte, daß er Steinkopfs Erklärung zur Kenntnis nehme, der der Unterredung selbst nicht beigewohnt und seine Behauptung nur nach Informationen von dritter Seite aufgestellt habe. Steinkopf nahm den „Verleumder“ mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und beide Parteien unterzeichneten sich darauf friedlich im Gerichtslokal als wäre nichts passiert. Damit war für diesmal der Streit zwischen den beiden Beamtenorganisationen erledigt.

# Funkwinkel.

Aus dem Großen Schauspielhaus wurde am Mittwoch Franz Rothenselders Hörspiel „Der Mann, den Gott schlug!“ übertragen. Es handelt sich hier um die Dramatisierung der Hieblegende. Dieses Buch der Bibel ist derart konzentriert und dramatisch aufgebaut, daß jede Dramatisierung nur die herben, groben Umriffe erweiden muß. Rothenselder giebt die Legende in kurze, einfache Verse, löst über die Vorgeschichte und das Unglück Hiobs durch einen Sprecher berichten und erweitert Hiobs Klage, Hiobs Trost und Hiobs Ergebung. Chor und Musik variieren allerdings dasselbe Thema. Ganz abgesehen davon ist der Versuch gemacht worden, nur durch akustische Mittel zu wirken, völlig von einem realen Bild der Handlung zu abstrahieren. Dieser Versuch ist geglückt, aber durch die Chöre, durch die Musik Wachsens, durch Altsoll und dergleichen Dinge entgeht die Dichtung nicht immer der Gefahr, opernhaltig zu wirken. Vielleicht hätte stärker das Psychologische in Hiob betont werden müssen, da man schon einmal den Weg der Legende verläßt. Die Aufführung wirkt am stärksten, wenn die Solfisten sprechen. Mühsel und Korkner sind ausgezeichnet, stahlharte und ausdrucksfähige Sprecher, die den großen Raum spielend durchdringen, die den richtigen Stil finden. Leider bleiben die Chöre schwach in der Wirkung wie immer im Großen Schauspielhaus.

Allerlei Musikalisches ging am Donnerstag in Szene. Der Bariton Oskar Jöhl weiß kaum durch seine gepreßte Longebung für den Viederkomponisten Wolf einzunehmen. Aber am Abend erblüht Musikalisches in horischer Beziehung. Bei „Wolga, Wolga“ mit sänger Kantilene gesungen, zerbrechen die verstaubtesten kritischen Herzen zu Butter. Ein Sopran überanstrengt sich. Aber was tut es, der Hörer ist ganz diesem faszinierenden Rhythmus verfallen. Darauf gibt es Wiener Musik, bei der sich Selber-Winkler bemüht, seinem Orchester weiche Walzerhüllchen zu entlocken. Und es gelang ihm auch bei Suppe und bei dem Ruhwäler von Strauß. Dann wird es lebenserfüllt. Sudeermann ist gestorben und Fröh Engel hält den Madrus auf den Dächern ohne Haß und ohne Liebe. Er will hier in denbar kürzester Zeit eine objektive Würdigung geben. Der Tote steht außerhalb der Gunst und des Hasses der Parteien. Fröh Engel ist wirklich sachlich, und was dann Albert Steinerück aus den stautischen Geschichten liest, weist darauf hin, daß Sudeermann doch mehr war als ein theatralischer Pathetiker. Alles, was in Dipeuchen, Sudeermanns Heimatland, geschäht, ist lebensvoll herausgearbeitet. Man glaubt kaum, daß der Verfasser der „Ehre“ und des „Blumenbeets“ mit diesen Dingen identisch ist.

Das ideale  
**Laxin** Abführ-Konfekt

# Die Ruine Landsberger Allee.

Die Bezirksversammlung Brenzlauer Berg beauftragte auf Antrag unserer Fraktion einstimmig das Bezirksamt, sofort die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Niederlegung der Ruine des durch eine Explosion beschädigten Hauses in der Landsberger Allee zu erreichen. Genosse Dratwa führte aus, daß zwischen der Versicherungsgesellschaft und dem Eigentümer über die Höhe der Entschädigung Streit bestehe und ein Prozeß darüber evtl. noch jahrelang dauern könne. Solange könne die Ruine unmöglich stehen bleiben. Uebrigens bildet sie ein Gefahr, da auf der einen Seite nur noch die Balken hängen. — In einem Dringlichkeitsantrag der A.P.D.-Fraktion wird darauf verwiesen, daß die auf dem Industriehof „Am Friedrichshain 25“ befindliche chemische Fabrik das Ablassen von überhitzenden Dämpfen, trotzdem die Bezirksversammlung in den vergangenen Jahren wiederholt Beschlüsse dagegen gefaßt hat, weiter beschließt. In der letzten Zeit hat die Fabrik die Ablassung in die frühesten Morgenstunden verlegt und dadurch Teile der Greifswalder Straße, der Uppelner Straße, der Immanuelkirchstraße sowie den Schulbetrieb in der Greifswalder Straße stark gefährdet. Die Gerüche sind so stark, daß gesundheitliche Störungen erfolgt sind. In der Begründung wurde noch darauf hingewiesen, daß die zuständigen Instanzen seit 1914 an einer Verbesserung arbeiten. Seit 1920 haben sich die Zustände immer mehr verschlechtert, so daß sie jetzt nicht mehr zu ertragen sind. Es wurde beschlossen, bei den zuständigen Stellen dahin zu wirken, daß entweder die Entweihung der Dünste ohne Gefährdung der Gesundheit der Anwohner durchgeführt wird, oder den Betrieb zu schließen. Ueber die Bewilligung der Ausgaben für das am 11. August 1928 dem Verfallungsstage — personalisierte Kinderzeit entspann sich eine scharfe Diskussion zwischen unseren Genossen und den Deutschnationalen und Kommunisten. Die Dnat. lehnten die Vorlage ab, weil das Geld hätte besser verwendet werden können, die A.P.D., weil sie für die Republik nichts übrig haben. Von unseren Rednern wurde den Deutschnationalen entgegnet, daß man verleihe, warum ihnen die Verfassungsfeier nicht genügt sei, daß aber zur Zeit der Monarchie zu repräsentativen Zwecken mit ihrer Zustimmung weit höhere Summen verausgabt wurden, den Kommunisten, daß auch ein großer Prozentsatz ihrer Kinder an dem Fest teilgenommen und sich herzlich daran gefreut habe. Die Vorlage wurde schließlich gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Kommunisten angenommen. — Eine Vorlage, dem „Arbeiter-Samariter-Bund Brenzlauer Berg“ eine Beihilfe zu gewähren, wurde angenommen. — Dann wurde sogleich Klage gefaßt über die Verkehrsverhältnisse in den Hauptstraßen unseres Bezirks, vor allem in der Brenzlauer Allee und der Greifswalder Straße. Des Morgens zwischen 7 und 8 Uhr lei an den Haltestellen ein lebensgefährliches Gedränge, um rechtzeitig an seine Arbeitsstelle zu gelangen, versucht jeder mitzukommen; sowohl die ankommenden Straßenbahnen, wie die Autos seien dann schon voll besetzt; es werde mit der Lebenskraft der arbeitenden Bevölkerung und der Schöpfer, die wegen der Ueberfüllung der Wagen gar nicht imstande seien, das Fahrzeug zu verlassen, ein unerhörtes Kaubau getrieben. Solche Zustände seien einer Großstadt unwürdig, es müsse daher von den Bezirks- und auch von den Stadtverordneten dagegen energisch protestiert und das Bezirksamt zur Herbeiführung besserer Verhältnisse gezwungen werden. Ein Antrag der Dnat., in dem das Bezirksamt ersucht wird, zu den gewünschten Verbesserungen und zur Einrichtung eines Spät- bzw. Nachverkehrs das Erforderliche zu veranlassen, wurde einstimmig angenommen. — Auch über die Beleuchtung der Straßen in unserem Bezirk wurde gefaßt und eine Verbesserung für unbedingt notwendig erachtet. Vom Genossen Venn wurde vor allem bemängelt, daß in unserem Bezirk ohne Rücksicht auf das Wetter das Licht des Morgens viel zu früh gelöscht werde und zwar früher wie in anderen Bezirken, z. B. dem Bezirk Friedrichshain. Ein hierzu auch von der Fraktion der Dnat. gestellter Antrag, in dem das Bezirksamt ersucht wird, zur Herbeiführung besserer Beleuchtung die erforderlichen Schritte zu tun, wurde gleichfalls einstimmig angenommen.

## Die Sorgen des Ostens. 17. Bezirk — Lichtenberg.

Die letzte Bezirksversammlung gedachte des verstorbenen Genossen Paul Schulze, früher unbediensteter Stadtrat in Lichtenberg. Neu eingeführt wurde Stadtr. Max Bratshke (Wirtschaftspartei) für den ausgeschiedenen Stadtr. Stegried. — Ein Schreiben des Zentralverkehrsamtes, das sich mit einem Antrag des Genossen Schubert, der Verkehrsverbesserung forderte, beschäftigte, gab den Anlaß zu einer lebhaften Debatte. Einmütig waren alle Redner der Ansicht, daß das vorliegende Schreiben wohl die Höchstleistung darstelle, was einem Bezirk geboten werden dürfe. Fest steht, daß der Osten Berlins arg vernachlässigt wird; fest steht weiter, daß die Ueberfüllung der Linien 69, 70 und 13 und 76 zu den Hauptverkehrszeiten geradezu lebensgefährlich ist. Wenn dann das Zentralverkehrsamt noch mit einer Statistik kommt, nach der an einem Schichttag von 34.100 angebotenen Sitzen nur 4500 besetzt gewesen seien, so ist das, wie der Vorsteher Genosse Tempel meinte, eigentlich ein Beweis für die Ueberfüllung der Linie 70. Eine sonderbare Methode, ostentativ die Verhältnisse als nicht vorhanden zu erklären. Erklärlich wurde das Resultat dieser hohlen „Zählung“, als festgestellt wurde, daß man an der Haltestelle „Hubertusstraße“ gezählt“ hatte. Eine Haltestelle vor dem Bahnhof Lichtenberg-Friedrichshain und der Endstation sämtlicher Einfahrer der beiden Linien. Warum zählte man nicht an der Andreasstraße? Unhaltbar sind die Zustände im Verkehr nach Bogestraße, Kummelsburg und Neu-Lichtenberg, die haben noch eine „Verbesserung“ erfahren, wenn die Linie 13, wie beabsichtigt, durch die Hauptstraße geführt wird. Abhilfe muß hier unbedingt erfolgen. So einig wie in dieser Frage war man auch bei der Besprechung der Rauchbelästigung durch das Großkraftwerk Klingenberg. Des Gesundheitsamts ist schon vor etwa einem Jahre an die Bewog herangetreten mit der Forderung, Abhilfe zu schaffen. Die Bewog habe auch in zwei Schornsteinen Apparate einbauen

lassen, die aber nicht die gewünschte Wirkung erzielen. Weiter habe die Bewog eine Million Mark ausgefaßt als Preis für brauchbare Verbesserungsvorschläge. — Die Petition einer sportlichen Vereinigung auf Bewilligung eines Darlehens zum Bau einer Sporthalle wird dahin erweitert, daß 20.000 M. zum Bau einer städtischen Halle gefordert werden. Gegen die Errichtung von Wohngebäuden im Abstellbahnhof in Friedrichshain hatte die A.P.D. Bedenken. Stadtrat Genosse Stimming erwiderte, eine Abriegelung durch Anlage des Bahnhofs erfolge nicht. Der Bau der Bahn bis Köpenick sei beschlossen und die Erläuterung läßt die Anlage des Abstellbahnhofs in der Mitte der Strecke vorteilhafter erscheinen. — Zu einem Antrag der A.P.D., die zwangsweise Eintreibung der Straßenreinigungskosten von Anliegern der Bausdorferstraße in Kaulsdorf einzustellen und Rückzahlung der zuviel gezahlten Beträge, sprach Genosse Stadtrat Weiß. Das Bezirksamt sei hier nicht zuständig, es habe nur die von der Zentrale festgesetzten Beiträge einzuziehen, die Anlieger hätten in den Vorjahren veräußert, rechtzeitig Einspruch zu erheben. Ueber den Einspruch für dieses Jahr habe der Oberpräsident zu entscheiden. Genosse Reich stellte einen Abänderungsantrag, der angenommen wurde. — Eine Anfrage der Redten über zu hohe Kosten bei der Renovierung des Amtszimmers des Bürgermeisters beantwortete Stadtrat Genosse Stimming. Eine Rechnungslegung sei noch nicht erfolgt, er könne aber mitteilen, daß für diese Summe nicht nur das Amtszimmer des Bürgermeisters, sondern noch zwei weitere Amtszimmer und der Flur hergerichtet, außerdem die veraltete, unvorschriftsmäßige Haustelesonanlage neu verlegt sei. Genosse Arndt verwies auf die Ausstattung der Amtszimmer leitender Beamter im Westen. Der Ausbau des Schlosses Biesdorf zu einem Pflegeheim für Kinder wurde ohne Debatte genehmigt.

## Leure und schlechte Neubauwohnungen. Vorsicht bei Vertragsabschlüssen!

Im lokalen Teil der letzten Sonntagsausgabe des „Vorwärts“ (Nr. 547) haben wir — unter der Ueberschrift „Vampire der Wohnungsnot“ — einen größeren Artikel gebracht, in dem wir eine allgemeine Darstellung der Modifikationen gewisser Wohnungsvermittlungsbüros gegeben haben. Erinnerung sei auch an den Beschluß der Berliner Stadtverordnetenversammlung, in dem verlangt wurde, daß gegen Wohnungsvermittler mit offensichtlich betrügerischer Absicht die ganze Strenge des Strafgesetzes angewandt wird.

Ein lehrreiches Beispiel für die faulen Geschäfte mancher Vermittlungen bietet der folgende Fall, der allen Interessenten zur Warnung dienen kann. Selbstverständlich handelt es sich hier um die von einer privaten Baufirma angebotene Wohnung. Um zu einer Wohnung zu kommen, wandte sich ein Ingenieur an eine bekannte Berliner Immobilienfirma und schloß mit ihr einen Vertrag, wonach er sich verpflichtete, der Firma je Zimmer 75 Mark zu zahlen, falls er eine von der Firma nachgemessene Neubauwohnung mietet. Der — übrigens für einen Vaien sehr unüberflüssig ausgestellte Vertrag — schloß dem Ingenieur auf dem ersten Blatt einwandfrei. Nach seiner genauen Kenntnis aber, hielt es der Ingenieur für angebracht, den Vertrag sogleich wieder zu lösen. Ein vergebliches Bemühen! Das Opfer zappelte im Reg. Von den Angeboten, die die Immobilienfirma zustellte, wurde keinerlei Gebrauch gemacht und mit der von ihr genannten Baufirma, die in Steglitz baut, auch nicht in irgendeiner Beziehung getreten. Dem in dem Angebot der Immobilienfirma wurde gesagt, daß die Jahresmiete je Zimmer einschließlich Heizung und Warmwasser etwa 700 Mark beträgt — eine Summe, die für den Restkanten unerschwinglich war.

Er wandte sich nun an einen sogenannten „Verlag“, der sich ausschließlich mit der Vermittlung von Wohnungen beschäftigt. Dieser „Verlag“ ist einer der größten und bekanntesten Berlins. Auch hier wurden dem Ingenieur — nach Zahlung einer „Einschreibgebühr“ in Höhe von 20 Mark — die schon oben erwähnten Bauten in Steglitz genannt. Allerdings wurden auch andere, wesentlich geringere Mieten genannt: einschließlich Heizung und Warmwasser sollte pro Jahr und Zimmer nur 330 Mark gezahlt werden. Erforderlich war ein „Beschönnerungszuschuß“ in Höhe von 1000 Mark. Der Ingenieur mietete bei der Baufirma eine Zweieinhalbzimmerwohnung. An wen sollte er nun die für die Vermittlung fälligen Provisionen zahlen? Das wurde ihm bald deutlich gemacht: beide Vermittler, die Immobilienfirma und der „Verlag“, beanspruchten sie „mit Recht“. Beide Vermittler legten ihre vom Ingenieur unterschriebenen Verträge vor. Und der Ingenieur mußte — nach gerichtlicher Entscheidung — auch der Immobilienfirma die ausgemachte Provision zahlen, trotzdem er von dieser Firma ein unzweifelhaftes Angebot erhalten und auf jede weitere Beziehung zu ihr verzichtet hatte. Auf diese Weise hat er 330 Mark eingebüßt. Dazu kommt der „Beschönnerungszuschuß“ in Höhe von 1000 Mark. Eine fette Rechnung — für die anderen. Inkaltation und andere Einrichtungen der Wohnung sind — trotz aller Versprechungen — höchst mangelhaft, so daß nach ein paar hundert Mark aus eigener Tasche genommen werden müssen, um das neue Heim auch zu einem wohnlichen zu machen. Alles in allem ein unerhörtes Repp.

Dieser Fall beweist, daß man sich nach Möglichkeit direkt an die Baufirmen wenden und auf solche „Vermittlerstätigkeit“ verzichten soll.

## Wünsche der Kriegbeschädigten.

Die Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegbeschädigten, die am 17. und 18. November in Berlin tagte, und an der 75 Vertreter aller deutschen Gauen, auch aus dem Saargebiet, teilnahmen, beschäftigte sich eingehend mit dem Ausbau der Versorgung und Fürsorge.

Die in einer längeren Eingabe zusammengefaßten Forderungen präzisierter der zweite Bundespräsident Pfänder dahin, daß die Heilbehandlung der Hinterbliebenen nun endlich eine gesetzliche Regelung finden müsse. In der Rentenfrage siehe die Versorgung der Hinterbliebenen, die bei der letzten Gesetzesänderung stark zurückgefallen war, im Vordergrund. Neben dem Ziel, eine materiell ausreichende Versorgung zu erlangen, müsse eine Verwaltungsvereinfachung herbeigeführt werden. Die bisher geforderte gezielte Zulagenregelung seien in die allgemeine Versorgung einzubauen. Die jetzige Frauenzulage müsse für alle Beschädigten zur Zahlung gebracht werden. Die Ausgleichszulage sei in alle Renten einzubeziehen. Für die Ueberlebenden und die nicht mehr im Erwerbsleben stehenden oder nicht mehr unterbringenden Schwerbeschädigten und für erwerbsunfähige Hinterbliebene werde eine neu zu schaffende Erwerbs-

unfähigengulage gefordert. Die Witwenrente sei sonst allgemein gleichzusetzen, ebenfalls unter Einbau der Zulagen bei allen Hinterbliebenenrenten. Die Kriegswaisenversorgung habe in letzter Zeit an Bedeutung zugenommen. Deshalb werde an Stelle der Erziehungsbeihilfen die Zahlung eines festen Berufsgeldes vom 14. Lebensjahre ab gefordert. Die Elternversorgung solle dadurch gebessert werden, daß der außerordentlich dehnbare Begriff der Ernährerschaft durch den Begriff der wesentlichen Unterstützung ersetzt würde. Dieser solle aber nicht zur Voraussetzung gemacht werden, wenn nur der einzige Sohn gefallen ist oder wenn nicht doppelt so viel unterhaltspflichtige Kinder leben, als gefallen sind. Dabei müsse auch die Einkommensgrenze für Elternrenten eine Erhöhung erfahren. Dadurch würden schon die Spruchbehörden außerordentlich entlastet. Auch sonstige Gesetzesänderungsvorschläge sollen der Vereinfachung der Verwaltung und der Besserung der Versorgung dienen. Die Konferenz erhofft, daß Regierung und Reichstag sich den dringlichen Forderungen der Kriegsopter nicht verschließen werden. Einmütig forderte die Reichskonferenz die Wiederherstellung des früheren Zustandes in der sozialen Kriegsbeschädigtenfürsorge, die Schaffung eines Reichsleistungsgesetzes über Befreiung der durch die dritte Steuernverordnung 1924 eingeführten Fürsorge durch die Länder. Die Konferenz wünscht eine Einheitlichkeit in der Durchführung des Schwerbeschädigtengesetzes. Auch in bezug auf die gegenwärtigen Verhältnisse bei den Spruchbehörden der Reichsversorgung, die teilweise dem Reich, teilweise den Ländern angegliedert sind, wurde mehr Einheitlichkeit und Uebernahme der Versorgungsgerichte vom Reich gewünscht. Wenn schon die gegenwärtigen Beiträge dahin gingen, Reichsausgaben bei Reichsbehörden zusammenzufassen, so sollte auch die Versorgungsgelehrung und ihre Verwaltung zweckentsprechend gestaltet werden. Für einen guten Beamtennachwuchs sei dadurch Sorge zu tragen, daß den Versorgungsbehörden die Bedeutung beigegeben werde, die sie für die 2 1/2 Millionen Versorgungsberechtigten und auch in allgemeiner Hinsicht als Reichsbehörden wirklich hätten.

## Zauftrag der Schliemann-Schule.

Heinrich-Schliemann-Schule will und soll fortan das Luisenstädtische Gymnasium heißen, zu dem der alte Name schon lange nicht mehr paßt, weil es seit einer Reihe von Jahren gar nicht mehr in der Luisenstadt liegt. Dem Zug der Bevölkerung aus dem Stadtinnern in die Außenbezirke hatte auch die Behauptung folgen müssen und für ihr altes Schulhaus in der Brandenburgstraße der sich entpflanzende Luisenstadt hatte sie ein neues Heim in der Gleimstraße der Schönhauser Vorstadt eingetauscht. Jetzt hat die städtische Schulverwaltung und mit ihr das preussische Unterrichtsministerium eingewilligt, daß das Luisenstädtische Gymnasium umgezogen und nach dem berühmten Troja-Forscher Heinrich Schliemann benannt werden soll. Am Dienstag wurde in der Heinrich-Schliemann-Schule eine Feier veranstaltet, die dem Andenken des Taufpaten galt und eine Rundgebung der Freude über die der Schule erwiesene Ehrung war. Der Wunsch, die Schule nach Schliemann nennen zu dürfen, war aus den Kreisen der Schüler selber und ihrer Lehrer, aus Beratungen der Schulgemeinde herorgegangen. Oberstudiendirektor Prof. Dr. Hildebrandt, der Leiter der Anstalt, zeichnete in seiner Rede das Charakter- und Lebensbild Schliemanns, der den schon in seiner Knabenzeit bei ihm entstandenen Gedanken, einmal Trojas Reste auszugraben, im Reinesalter verwirklichte durfte und eine untergegangene Kultur dem Schutt der Jahrhunderte entriß. An der Feier nahmen mit den Lehrern und den Schülern auch Vertreter der Eltern und von Behörden des Staates und der Stadt teil. Glückwünsche Berlins überbrachten Oberbürgermeister Böck und Stadtschulrat Kadahl.

## Anti-Kriegsabend in Lichtenberg.

Das Jugendamt Lichtenberg lud in die Aula des Cecilien-Anzeigens zu einem Antikriegsabend ein. Alfred Beerte, der den Abend gestaltete, wandte sich einleitend in knappen und packenden Worten an die zahlreich erschienenen Jugendlichen, denen das vierjährige Völkermorden nicht Erlebnis wurde. Er wies in eindringlicher Weise auf die Verluste der Menschheit hin, die außer den ungeheuren Opfern an Menschenleben in der sinnlosen Verwirklichung riesiger Kulturwerte bestanden. Männlich und schlicht sprach Beerte dem Gedächtnis der Menschlichkeit, die neben hervorragenden Arbeiterdichtern wie Gertii, Engelke und Heinrich Verth den Wiener Pazifisten Karl Kraus und den toten Rabanum zum Verfasser hatten. Den Höhepunkt und den ergreifenden Ausklang des Abends bildete die Verlesung der Friedensnovelle von August Strindberg. Die tiefe Stille während des ganzen Abends war bester Beweis für den starken Eindruck, den die Vorträge auf alle Anwesenden ausgeübt hatten.

Vorträge im Gesundheitshaus Kreuzberg. Die Reihe der unentgeltlichen Vorträge im Gesundheitshaus Kreuzberg, Am Urban Nr. 10/11, die im Zusammenhang mit der Ausstellung „Erste Hilfe und Lebensrettung“ veranstaltet wird, wird durch folgende Vorträge fortgesetzt: Freitag, den 30. November 1928: „Ist das Leuchtgas eine Gefahr?“ (mit Vorführungen). Direktor Lückertath, Betriebsdirektor der Berliner Städtischen Gaswerke A.-G. Freitag, den 7. Dezember 1928: „Der elektrische Unfall“ (mit Lichtbildern). Obergingenieur Klovenstein. Freitag, den 14. Dezember 1928: „Feuer und Publikum“. Branddirektor Runge. Beginn der Vorträge 20 Uhr (8 Uhr abends).

Im Neuen Museum sprechen am Sonntag, dem 25. November, 10 Uhr, Prof. Scharrl über „Die älteste Kultur Ägyptens“; im Kaiser-Friedrich-Museum Dr. Runge über „Tizian“ und im Museum für Völkertunde I. Dr. Waldschmidt über „Vorgeschichte und Leben Buddhas im Spiegel indischer Kunst“. Teilnehmerkarten 50 Pf. vor Beginn am Eingang.

Verbreitet Konium Karischoff. Sonnabend, 24. November, 19/1, Uhr. Deutsches Haus, Film: „Unter Konium“. Vorträge des Rinderhofs des Berliner Volkshochs. Nächste Veranstaltung aus eigenen Werken von Bruno Schulz. Anschließend: Gemeinames Beisammensein mit Tanz.

## Gegen rote Hände

und uneheliche Hautfarbe verwendet man am besten die schweißweiche, fettfreie Creme Leodor, welche den Händen und dem Gesicht jene matte Weiße verleiht, die der vornehmen Dame erwünscht ist. Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese matte Creme wunderbar schnell bei Indreiz der Haut wirkt und gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Pulver ist. Der nochhaltige Duft dieser Creme gleicht einem leicht gewandten Frühlingstrau von Weiden, Waldrosen und Flieder, ohne jenen verhängnisvollen Wohlgeruch, den die vornehmste Welt verabscheut. — Preis der Tube 60 Pf., große Tube 1.20. — In allen Chloroform-Verkaufsstellen zu haben. — Bei direkter Bestellung dieses Preisverfalls auf dem Umwege erhalten Sie eine kleine Preisverbesse- rung. Inhaber: Dr. Leo-Dorle A.-G., Dresden-N., a. g. 1928

**Warum** mühevollere Nachstellen als modischer Vierradmaschine brauchen? Ein Griff genügt und vollendet ausgelegtes nachgestellt ist die Original-Leadhead-Oldruckvierradmaschine des **Adler Standard 6** ANWANDTSPROBENFÜR DIE VERTEILUNG BEI VERKÄUFERN **Adlerwerke, Vitzthum & Co. Berlin**



## Antisemitismus in Sowjetrußland.

Die Welle wächst. — Jungkommunisten als Treiber.

Wieder einmal schlägt die Sowjetpresse wie auf Bezahlung Alarm. Die „Kommunistische Jugendpranda“ und die „Iswestija“ begnügen sich mit der Aufzählung einiger besonders trauriger Fälle. So schildert die letztere antisemitische Exzesse auf einer Glasfabrik in dem Bezirk Bohrnst. Die Fabrik trägt den Namen „Der Oktober“. Drei Meister begien hier tagelang gegen die jüdische Arbeiterin Borischat. Während der Mittagspause rissen sie ihr die Kleider vom Oberleib und richteten auf sie einen Strahl kalten Wassers. Die Arbeiter schauten diesem rohen Zeitvertreib mit Befriedigung zu. Ein paar Tage darauf packten sie das Mädchen, warfen es auf eine Bank, rissen ihm die Kleider ganz vom Leibe, behandelten es dabei auf gemeinste Art und Weise und riefen die Jungkommunisten heran, damit sie sehen, was sie mit ihr machen. Als der Direktor der Fabrik nach ihren Schandakten erfuhr, gab er ihnen ... einen Verweis. Das war alles!

Die kommunistische Jugendpranda vom 18. November beschäufte sich ihrerseits eingehend mit dem Antisemitismus im Donbass. Auf der Grube Golubowski sagte der Kolonnenführer beim Einfahren in die Grube in Gegenwart anderer Arbeiter: „Schade, daß man auch Juden nicht schlagen darf. Es war doch eine gute alte Zeit früher.“ Auf der Grube Witsch (nach Lenin genannt) ging die Judenhetze sogar soweit, daß die russischen Arbeiter sich weigerten, zusammen mit den jüdischen den Jahrestuhl in die Tiefe zu demigen. Dabei bestand die Hälfte der Arbeiter aus Jungkommunisten. Ueberhaupt sind gerade die letzteren in der Judenhetze tonangebend. So erklärte auf einer anderen Grube der Sekretär der kommunistischen Zelle: „Ich liebe die Juden prinzipiell nicht.“ Ein anderer Sekretär der kommunistischen Zelle sagte zu den parteilosen jungen Arbeitern: „Weshalb besucht ihr unsere Versammlungen nicht? Etwa aus dem Grunde, weil in unserer Zelle Juden sind? Dann jagen wir sie eben davon.“ Der Leiter der militärischen Bewachung der Zelle von Bronst, ein alter Kommunist, erklärte öffentlich: „Ich achte mich der Diktatur des Proletariats unter, erkenne auch die Beschlüsse der Partei an, hasse aber die Juden und finde es unrecht, daß die Partei die Judenkravatte verbietet.“

Die kommunistische Jugendpranda schließt diese zufällige Aufzählung antisemitischer Exzesse mit den wohlbedingten Worten: „Die Welle des Antisemitismus ist im Wachsen begriffen. Die örtlichen Spitzenorganisationen der kommunistischen Jugend sind vollkommen im Bilde darüber. Sie unternehmen jedoch nichts und begünstigen auf diese Weise die Antisemiten.“

## Lohnforderung der Saarregierung.

Aber kein Fortschritt der Steuerreform.

30 bis 60 Proz. Lohnerhöhung für die landfremde Saarregierung fordern ihre Mitglieder vom Völkerbund, da ihnen 125 000 Franken jährlich zu wenig sind! Zahlen soll diese Neufestsetzung des Saargebietes! Die neueste Leistung dieser Regierung ist die

### Verzögerung der Steuerreform.

In der 18. Vollversammlung der Handwerkskammer führte Syndikus Dr. Becker in einem Referat über die Steuerreform aus, daß die ganze Aktion zur Herabsetzung der Umsatz- und Gewerbesteuer auf dem falschen Fundament angelassen ist. Wie viele Jahre von Handel und Gewerbe unternommenen Schritte zur Abänderung der Steuererhebung seien bisher erfolglos geblieben. Der Senkung der Umsatzsteuer stelle sich die Schwierigkeit entgegen, daß sie in Frankreich noch höher sei. Die Reformbereitschaft der Gewerbesteuer werde von der Regierungskommission anerkannt, sie habe aber einen von ihr bereits ausgearbeiteten Verhandlungsentwurf dem Landesrat noch nicht vorgelegt, weil sie befürchte, daß bei dieser Gelegenheit die gesamte Steuerreform angehalten und die Arbeiterschaft auf den Plan gerufen werde.

## Die sozialpolitische Rückständigkeit.

Saarbrücken, 22. November.

Unter Bezugnahme auf das im Herbst 1927 abgeschlossene Reichsberger Abkommen bittet die Zentrumsfraktion des Landesrats die Regierungskommission um möglichst baldige Vorlage eines Knappschaftsgesetzes gemäß den Bestimmungen des neuen Reichs-Knappschaftsgesetzes; die unverständliche Verzögerung des Entwurfes bereite den Saarknappschaftsvereinen erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Das ausstehende Defizit beläuft sich auf 11 Millionen Franken berechnet. Weiter wird die Regierungskommission wiederholt gebeten, die Renten aus der Sozialversicherung von der Steuerpflicht zu befreien und die Versicherungsbeiträge bei der Einkommensteuer zu erhöhen, die bei 200 Franken, das sind rund 48 M., liegen gegenüber 100 M. im übrigen Deutschland, so daß die

### Rentenempfänger im Saargebiet meist höhere Steuern

entrichten müssen als im Reich. Auch bittet die Zentrumsfraktion eine Annullierung des Unfallversicherungsgesetzes an die reichsrechtlichen Bestimmungen. Ebenso wird die Notwendigkeit einer Neuorganisation der Krankversicherung, die in Krankheitsfällen wenigstens die Fristung der Existenz ermöglicht, betont.

## Die Hauptstadt des Mordes.

### Neuer Terrorakt in Sofia.

Sofia, 22. November.

Mittwoch abends drangen drei unbekannte Männer in eine Getreidehandlung ein, töteten den Geschäftsführer durch Revolvergeschüsse und verletzten den 60jährigen Kassendirektor kaum Verletzte tödlich. Befehl, früher Inspektor der Geheimpolizei, war kurzzeit Vorsteher des Ochrid-Emigrantenbundes und erließ nach der Ermordung Protogeroff im Namen dieser Emigranten, denen Protogeroff angehörte, einen scharfen Protest gegen den Mord. — Die Täter sind entkommen unerkannt.

In dem Streit um die Wiener Straßenspolizei, die jetzt infolge des Abfalls vom Bund an das Land Wien übergehen sollte, hat der Verfassungsgerichtshof das betreffende Wiener Landesgesetz als verfassungswidrig aufgehoben, weil vorher ein entsprechendes Bundesgesetz hätte ergehen müssen!

Der König von England ist an einer Lungenentzündung erkrankt. Er befindet sich im 84. Lebensjahre, so daß die Krankheit den nächsten Anlaß zu Befürchtungen gibt.

Die Wiedergutmachung des Zwischenfalls in Hankow. Die chinesische Regierung hat 50 000 Dollar als erste Rate zur Wiedergutmachung der bei den Zwischenfällen in Hankow Frankreich zugefügten Schäden entrichtet.

## Kommunistische Agitationsanträge.



„Erst schlage ich prächtigen Schaum, dann zeige ich euch die wundervollen Seifenblasen, und zum Schluß werden alle Ausgesperrten von mir noch gratis eingeseift und über den Löffel barbierd.“

## Lackstiefel und Dpanke.

### Die Bedeutung des rumänischen Kurswechsels.

Die Dpanke, rumänisch Dpince geheißen, ist der abgelaute, vom geträumte Bundesdud des balkanischen Landvolkes. Die überaus hilden auch in Rumänien, wo Dpincer mit Bauer gleichbedeutend ist, die Dpankentäger die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung, aber seit es einen rumänischen Staat gibt, wurde er vom Lackstiefel regiert, von einer dünnen Heerenjoch, von

### Landbesitzern und Bankbesitzern.

die, als Konservativen und Liberalen firmierend, einander am Ruder abhölten und ein allerdings ungelesenes Parteiprogramm gemeinsam hatten, nämlich den trübseligen Grundgedanken, die Verwaltung lediglich als mischende Kuh zu betrachten. Die Bauernmasse, auf deren Arbeit das ganze Staatsgebäude ruhte, war, von politischen Rechten ausgeschlossen, nur Objekt der Gesehgebung, geschunden, getreten, geknebelt, geknebelt, und wenn ihr Grimm in planlosen Revolten wie 1907 und 1910 aufblühte, wurde die Stimme der Verzweiflung rasch in Blut erstickt. So ging es Jahr für Jahr, Jahrzehnt um Jahrzehnt, bis 1916 Rumänien in den Weltkrieg eintrat, der auch ihm zum Geburtsheifer einer Revolution werden sollte.

Nach einem beliebigen Kitzel der kommunistischen Presse war es seitdem kein neues Rumänien, war in dem balkanischen Höhenzerrreich alles beim alten geblieben. Wer aber Augen hatte, zu sehen, erkannte, daß die Pflugschar der Entwicklung auch in den harten Boden dieses reaktionärsten aller südeuropäischen Staaten unweidlich eingebracht war. Weltkrieg und Räte der russischen Revolution erzwangen

### zwei tiefgreifende Wirkungen.

Einmal mußte man nicht Bauernaufstände, sondern auch einen Bauernkrieg vermeiden, der Landbesitzer des Bodenschlammes gestiftet werden; die Agrarreform zerstückte das Patrimonium in Parzellen und vertrieb die lokalen Grundbesitzer Rumänien, das, eben noch ein Großgrundbesitzerstaat, jetzt ein Kleinbauernland ist. Aber den Bauern, der im Soldatenstil für das „Reichland“ blutete, konnte das „Reichland“ auch nicht länger im Bereich der politischen Rechtslosigkeit lassen; die Bauern in gab allen Staatsbürgern dieselben Rechte, und durch die geöffneten Schranken des allgemeinen und gleichen Stimmrechts strömten die Massen in die Politik, aus der sie so lange ausgesperrt waren. Alles, was Europa in den letzten Jahren in Rumänien an gegenrevolutionärem Terror und reaktionären Ausschreitungen schauernd erlebt hat, sind nur die verzweifeltsten Anstrengungen der alten Reaktionäre, ihre Stellung, die ihnen schnelle und schamlose Bereicherung gestattete, gegen das neue Rumänien zu behaupten.

Am rüchmlichsten meldete sich dieses neue Rumänien nicht in der Sozialdemokratie, die nur schwach ist, sondern in der nationalsozialistischen, der Bauernpartei zum Wort, die mit Beginn dieses Jahres die Massen des Landvolks zum Entscheidungsschlamm gegen das korrupte Regime der Liberalen aufrief. Schon der Kongreß der Partei am 20. Januar war von gewaltigen Versammlungen umrahmt; am 18. März marschierten vierzig bis fünfzigtausend großend Unzufriedene, Bauern zumest, aber auch städtische Proletariat über das Pfloster Bukarests, und am 6. Mai folgte die Heerchau von Alba Julia: hunderttausend Dpantentäger und mehr von einem Willen gelenkt, in militärischer Ordnung, mit Musikkapellen und Fahnen, mit Klettertruppen, Kossaken und Provinzialkolonnen, und der Jörn der unabsehbaren Massen wie in eine mächtige Stachlamme zusammenstürzend in dem Schwur, nicht zu ruhen und zu rasten, bis das Schmutz- und Schandregiment Bratianus weggeführt sei. Die Clique am Ruder rechnete mit einem Marsch der wimmelnden Scharen gegen Bukarest, aber die Bauern taten den militärischen Handlangern des Systems nicht den Gefallen, in die bereiteten Maschinen zu laufen. Sie zogen ab, auf ihre Stunde wartend und ihrer Stunde gewiß, und zum Zeichen dessen, daß auch über das durch Wahlterror und Wahlkorruption zusammengedrückte Parlament der Stab gedrückt sei, führten die nationalsozialistischen Abgeordneten der Kammer verächtlich den Hüden.

Die Clique aber unter dem kleinen Bruder des „großen“ Bratianu haufte unbedürftig weiter wie bisher; der Lackstiefel

ipollerte der Dpanke. Um selber mit dem Löffel tief in den Brei hineinzufahren zu können, hatten die Liberalen dem ausländischen Kapital den Krieg erklärt, aber diese kurzfristige Taktik rückte sich bald.

Der Zinsfuß kletterte auf 26 bis 28 Prozent, die Bankrotte häuften sich, eine Mägenrie verschärkte die Wirtschaftskrise, und böse Not preschte den Massen den Atem ab.

Tat nichts, die Clique füllte sich die Taschen, so daß ein Skandal den anderen besaß. „Man sieht“, stellte unser Bukarester Parteiblatt fest, „in der Armer, man sieht in der Schule, man sieht in der Kirche, man sieht bei der Eisenbahn, bei der Post, in allen Ministerien, in allen staatlichen Anstalten, Man sieht überall.“ In einer Schlammflut mußte diese Herrschaft ertrinken.

Wenn im Lande selbst eine tiefe Zensur die Wahrheit dem Volke vorenthielt, dem Ausland war damit kein Sand in die Augen zu streuen, und das internationale Kapital, hehlig und scharfsichtig, wie es ist, scheute sich, die von Vintila Bratianu zur Bei-Stabilisierung benötigten Millionen in diesen Sumpf hineinzuworfen. Als nach vielen Hängen und Bürgen die Anleihe endlich doch unter Dach und Fach kommen zu wollen schien, bedeuteten die Beherrscher des Londoner Finanzquartiers dem Regimentsführer, der den König, einen siebenjährigen Höfenmag „von Gottes Gnaden“ vertritt, daß das Regime der Liberalen allein keine genügende Bürgschaft biete. Wenn daraufhin Bratianu zurücktrat, um einem Konzentrationsskabinett, natürlich unter seiner Leitung oder Mitwirkung, Weg zu machen, wußte er zwar dem Druck des ausländischen Kapitals, aber die Agrardemokratie durfte den Erfolg für sich buchen, denn ohne die Bauernmassen, die eine stumme, doch drohende Front, im Hintergrund standen, wäre dieser Druck ausgeblieben. Sie bewirkten auch, daß die Dinge, nachdem sie einmal im Ruhsitzen waren, bald im Purzeln kamen. Halbheiten und Zwischenlösungen, Koalitionsskabinette mü und ohne Liberalen, neutrale Beamtenregierungen — alles erwies sich angesichts der Erregung des Landvolks als unmöglich. Zum erstenmal in der Geschichte des rumänischen Staats zeigte sich die öffentliche Meinung, der

### politische Wille der Massen unwiderrücklich

durch: der Regimentsführer mußte in den sauren Apfel beißen und dem Führer der Bauernpartei, Dr. Rantiu, die Zügel überlassen. Mit keinem nur aus Nationalgarantisten gebildeten Kabinett hat Rumänien zum erstenmal eine Regierung, hinter der statt der Ausbeutungsgier einer kleinen Clique das Vertrauen der breiten Massen steht. Der Marsch von Alba Julia nach Bukarest ist am Ziel!

Aber um in der Chronik Rumänien ein neues Buch zu beginnen, dessen Titelseite in großen Buchstaben die Aufschrift: Demokratie trägt, muß gründlich ausgeemigt werden. Dazu dient die Aufhebung der Zensur und des Belagerungszustandes sowie die Auslegung der Kammer als Kustalt zu wirtlich freien Parliamentswahlen, die auf den 12. Dezember angelegt sind und das Kabinett Rantiu solid untermauern werden.

Das neue Rumänien marschiert — in Dpanken!

Hermann Wendel.

## Wahlbündnis Bauern — Deutsche — Sozialisten.

Bukarest, 22. November.

Die Nationale Bauernpartei hat sowohl mit den Deutschen wie mit den Sozialdemokraten Wahlbündnisse abgeschlossen. Die Deutschen werden mit zwölf und die Sozialdemokraten mit neun Kandidaten auf den Regierungssitzen vertreten sein. Das Abkommen enthält keinerlei innerpolitische Verpflichtungen. Besprechungen mit der mahjarischen Nationalpartei wegen eines Wahlbündnisses sind gescheitert, wahrscheinlich wird jetzt die Nationale Bauernpartei mit der mahjarischen Volkspartei ein Wahlbündnis abschließen. Die liberale Partei hat ein Wahlabkommen mit dem Verband der rumänischen Juden abgeschlossen, die von Koerescu geführte Volkspartei wird mit den von Iorga geführten Nationalen zusammen gemeinsame Listen aufstellen.

Die Regierung hat beschlossen, die großen Festlichkeiten am 1. Dezember in Alba Julia anlässlich des Jahrestages der Schaffung Großrumänien auf Anfang Mai zu verlegen. Sie sah sich dadurch veranlaßt durch die Notwendigkeit der Raumwohlen und den Mangel an genügender Zeit für die Vorbereitungen.

